

# Stadtentwicklung und Verkehr

## Stadtentwicklung und Verkehr

### Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie (MA 14)

Die MA 14 versteht sich als kundenorientierter Dienstleister und kompetenter Berater, der sich an den Bedürfnissen der BürgerInnen orientiert und die Abteilungen und Dienststellen des Magistrats – die KundInnen der MA 14 – beim bürgernahen Handeln unterstützt. Die MA 14 versteht sich aber auch als Gestalter des Informations- und Kommunikationstechnologie- (ICT)- Einsatzes im Magistrat Wien, der die ICT-Strategien abstimmt und deren Einhaltung kontrolliert.

Die Dienstleistungen werden im Rahmen klar definierter Leistungs-, Termin- und Kostenvereinbarungen zwischen den Fachabteilungen und der MA 14 erbracht. Dabei werden die Erfordernisse der Fachabteilungen, die Wirtschaftlichkeit sowie die Kosten-/Nutzen-Relationen berücksichtigt.

Wenn es im Gesamtinteresse des Magistrats liegt, tritt die MA 14 - ADV auch als aktiver Anbieter von Leistungen auf.

### eVienna

Zu Beginn des Jahres 2001 wurde das Projekt eVienna gestartet, um den hohen Stellenwert von eGovernment im Prozess der Verwaltungsmodernisierung entsprechend technisch zu unterstützen. Dabei steht der Bürger im Mittelpunkt des Interesses. Daher wurde eine Themenbildung nach dem Lebenslagenkonzept vorgenommen, demzufolge sich das Leistungsangebot an den Nachfragemustern der BürgerInnen orientiert.

Für jede Lebenslage wurde eine „federführende Stelle“ nominiert, die eVienna-Projekte identifizierte und definierte, welche dann umgesetzt werden sollten. Insgesamt wurden etwa 85 Projekte definiert, von denen im Jahr 2001 folgende bereits realisiert sind und über das Internet angeboten werden:

- Gewerbeanmeldung-, ummeldung, -abmeldung (Ausweitung auf ganz Wien)
- Ausländergrunderwerb (Online-Abwicklung inklusive Statusabfrage und Möglichkeit der elektronischen Stellungnahme durch andere Dienststellen und Behörden)
- Bibliothekssystem-Verlängerungen, Vormerkungen (Such- und Vorbestellmöglichkeit aller Bücher, Zeitschriften, CDs, CD-ROMs, Videos aller Büchereien Wiens sowie Verlängerungen über das Internet)
- Bill Presentment (Zustellung von Rechnungen über das Internet über „bezahlen.at“)
- Jugendberatung „Talk Box“ (Interaktive Jugendberatung durch Psychologen)
- Wohnungsansuchen, Mietermitteilungen (Vormerkung für eine Gemeindeförderung sowie Meldung von Problemen, Anliegen und Störungen über das Internet).

Zusätzlich wurden weitere 30 Projekte im Jahr 2001 begonnen.

### IT-Sicherheitsanalyse

Im Berichtsjahr 2001 wurde die Analyse der IT-Sicherheit in der MA 14 abgeschlossen, sie beinhaltet folgende Themen:

- Analyse des Istzustandes der Sicherheitsmaßnahmen
- IT-Sicherheitspolitik und -Grundsätze
- Datenschutz
- Zugangs- / Zutrittssicherheit
- IT-Sicherheit
- IT-Katastrophenschutz
- Bedrohungsbilder und Risikoanalyse inklusive der Quantifizierung der akzeptablen Restrisiken.

Aus der vom Projektteam erarbeiteten Risikoanalyse wurde ein Maßnahmenkatalog zur Hebung der IT-Sicherheit abgeleitet. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen wurde unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen an Geld und Personal begonnen.

### Euro-Umstellung

Die Euro-Umstellung im Bereich der EDV umfasst die Betroffenheitsanalyse der Verarbeitungen sowie die Konzeption und Umsetzung der organisatorisch-technischen Maßnahmen für die erfolgreiche Einführung der Euro-Währung im Bereich der EDV.

Die MA 14 befasst sich seit 1997 mit dem Thema Euro. Im Jahr 2001 ist der anteilmäßig größte Personaleinsatz zur Vorbereitung und tatsächlichen Durchführung der Euro-Umstellung der mehr als 40 Euro-betroffenen Applikationen / Projektbereiche im Aufgabenspektrum der MA 14 erfolgt. Die notwendigen Euro-Anpassungen in zugekauften Fremdprodukten wurden von der MA 14 beauftragt.

Die technische Umstellung erstreckt sich von der Realisierung der doppelten Währungsangabe über die Anpassung von Datenstrukturen, Grenzwerten, Schwellwerten, die Änderung von Berechnungsregelungen in Applikationen (Summenprüfungen, Differenzbuchungen, materienrechtliche Berechnungsvorschriften) bis hin zur Gestaltung und Durchführung von Umrechnen-Jobs von Datenbeständen, die Geldbetragswerte enthalten. Organisatorische Maßnahmen umfassen die Koordinationen einzelner betroffener Aufgabengebiete (Schnittstellen der Applikationen) und die Abstimmung im Bereich übergreifender Euro-Themenpunkte.

### Elektronischer Akt (ELAK / Workflow)

Im Berichtsjahr 2001 wurde der Einsatz von Standard - ELAK und somit die Ablöse der alten PROFI-Protokollierung weiter forciert. Es wurden bereits 39 Dienststellen mit einer aktiven Benutzeranzahl von ca. 1.200 umgestellt. Zusätzlich wurden einige abteilungsspezifische Applikationen auf Basis des

# Stadtentwicklung und Verkehr

Workflow-Systems FABASOFT Components realisiert.

## Meldewesen

Im Bereich Meldewesen wurden sämtliche EDV-technischen Vorbereitungen getroffen, um den Einsatz des Zentralen Melderegisters (ZMR) im Probebetrieb ab 17. Mai 2001 aus Sicht der Stadt Wien erfolgreich umzusetzen. In diesem Zusammenhang wurden der Abgleich der Wiener Einwohnerdatenbank mit dem Amtlichen Melderegister (ZMA) abgeschlossen und die für die Ajourierung des ZMR erforderlichen Programmadaptierungen vorgenommen. In Vorbereitung für die Aufnahme des Echtbetriebs des ZMR und der damit verbundenen Übernahme des Meldewesens in den Magistrat wurden im Bereich der MBÄ Meldestellen eingerichtet und das beim Zentralen Meldeamt vorhandene Meldezettel-Onlinearchiv übernommen und aufbereitet.

## Großzählung 2001

Für die EDV-technische Administrierung der Großzählung 2001 wurde die Applikation aus dem Jahr 1991 adaptiert, wozu die gewonnenen Erfahrungen aus der Probezählung 2000 neben den geänderten Randbedingungen als Ausgangsbasis für die notwendigen Veränderungen der Applikation dienten. Die EDV-technische Unterstützung der Großzählung 2001 teilte sich grob in 3 Phasen auf:

- Phase 1: Vorbereitung  
Diese umfasste die Zählererfassung, die Zuordnung der Objekte der Statistik Austria zu den Wiener Adressen, die automatische Sprengeinteilung mit Hilfe der Grafischen Datenverarbeitung, die Erstellung der Zählerunterlagen. 134 PCs wurden in den MBÄ installiert.
- Phase 2: Eingabe und Kontrolle der Zählergebnisse  
Diese umfasste die Personenkontrolle, die Nacherhebung, die Vollständigkeitskontrolle, die Er-

fassung der Abrechnungsgrundlagen, die Zählerabrechnung.

- Phase 3: Nachbearbeitung  
Dabei handelt es sich um die Aufbereitung der Zählungsergebnisse für die Übergabe an die Statistik Austria und für die „Reklamationsbearbeitung“ in der MA 62 sowie die Remunerationenabrechnung für die Zählorgane.

## SAP - Einsatz im Magistrat

Mit SAP wird eine Verknüpfung betriebswirtschaftlicher Abläufe über organisatorische Grenzen hinweg zu durchgängigen Geschäftsprozessen erreicht. Damit werden die Organisationseinheiten redundanzfrei bei der Abwicklung ihrer Geschäftstätigkeit unterstützt. Die enge Verknüpfung zwischen dem Güter- und dem Finanzkreislauf des Unternehmensbereichs ermöglicht umfangreiche Auswertungen nach verschiedensten Kriterien. Dadurch wird ein effizientes Controlling möglich, welches organisationsübergreifend eingesetzt werden kann. Charakteristisch ist die Einheit zwischen Mengen- und Wertefluss. Daten aus dem Logistikbereich werden dort, wo es erforderlich ist, direkt an das Rechnungswesen zur Weiterverarbeitung übergeben. SAP wird bereits in 14 Dienststellen innerhalb des Magistrats eingesetzt.

Seit Herbst 2001 werden zwei weitere Produkte (PKIS und EBP) basierend auf SAP eingesetzt. PKIS (Personalkosten-Information) steht allen VIPER-Dienststellen zur freien Verfügung und ermöglicht die Darstellung der Personalkosten mittels erprobtem SAP-Berichtswesen je Organisationseinheit und Kostenart (Grundbezüge, Nebengebühren). PKIS kommt in 8 Dienststellen zur Anwendung.

## Elektronische Anforderung (EBP)

EBP (Enterprise Buyer Professional) ist eine B2B (Business to Business) Implementierung von SAP. Die MA 14 hat basierend auf diesem Produkt eine Lösung implementiert, welche das Anfordern von EDV-Produkten der MA 14 über einen Standard WEB-Browser, wie dem Internet Explorer, ermöglicht. Derzeit werden 29 Produkte in einem Katalog angeboten. Diese können via Einkaufskorb und unter Angabe von Stückzahl bzw. Lieferadresse angefordert werden und der laufende Status kann bis zur Beschaffung und Lieferung verfolgt werden. EBP ist mittlerweile in mehr als 20 Dienststellen im Einsatz.

## Wiener Bildungsnetz (WBN)

2001 konnte die Grundausbaustufe des 1997 gestarteten Projektes „Wiener Bildungsnetz“ erfolgreich abgeschlossen werden. Aus dem ambitionierten Projektvorhaben, einem Meilenstein in der Wiener Bildungsgeschichte, ist eines der größten kommunalen Bildungsnetzwerke entstanden, welches den Schulen der Stadt Wien in qualitativer und quantitativer Hinsicht eine einmalige ICT-Systemlandschaft anbietet.

Über ein Hochleistungsdatennetz stehen den ca. 400 Schulen mehr als 500 Server, 9.200 PCs und 3.900 Drucker zur Verfügung. Die Idee und der politische



Foto: Votava / PID

Preisverleihung zum Rätselspiel für Schulklassen anlässlich des „World GIS-Days 2001“ in der MA 14-ADV mit Stadtentwicklungsstadtrat Dipl.-Ing. Schicker.

Auftrag, für alle Bevölkerungsschichten den Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien durch die entsprechende Ausbildung sicherzustellen und damit auch einen wertvollen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Wien zu leisten, konnte erfolgreich umgesetzt werden.

#### **Zentrales Beschwerdemanagement (ZBM)**

Die Einrichtung des ZBM dient grundsätzlich der gemeinsamen Erfassung und Weiterverarbeitung von Beschwerden, Wünschen und Anregungen aus der Bevölkerung. Diese Anliegen sollen Bereiche der Stadt Wien dahin gehend betreffen, als deren Umsetzung eine Verbesserung im Gefüge der Stadtverwaltung im Sinne von Kundenorientierung und Bürgernähe darstellen könnte.

Das ZBM ist seit 1. Jänner 2001 bei folgenden Dienststellen im Einsatz: MA 12, MA 55 -Bürgerdienst, MD-Krisenmanagement, MA 42, MA 22, MA 28, Geschäftsgruppe Umwelt. Bisher wurden ca. 7.000 Beschwerdefälle erfasst.

#### **ALimentation und Sachwalterschaft (ALISA)**

In der MA 11 war bis Ende 2001 zur Unterstützung der Rechtsfürsorge in den Angelegenheiten der Unterhaltspflicht für Minderjährige ein Programm im Einsatz, das schon unter großem Aufwand 2000-fähig, aber keinesfalls Euro-fit gemacht werden konnte. Da ein zugekauft und von einer Fremdfirma weiterentwickeltes Programm nicht den Anforderungen entsprach, wurde eine Neuentwicklung magistratsintern durchgeführt. Es entstand eine moderne Client/Server Applikation mit einer Oracle-Datenbank im Hintergrund. Gemeinsam mit der MA 11 wurde ein Konzept erarbeitet. Bei der Umsetzung wurde arbeitsteilig vorgegangen. Die MA 11 führte die Schulung, die Unterlagenerstellung und die notwendigen organisatorischen Maßnahmen durch und die MA 14 übernahm die Applikationsentwicklung.

Schwerpunktmäßig fanden 2001 die Entwicklung jenes Teiles von ALISA, der für die Datenübernahme und den Produktionsstart am 7. Jänner 2002 unabdingbar war, und die Einschulung der Anwender statt. Weiterentwicklungen sind 2002 vorgesehen.

#### **Storage Area Network (SAN)**

Die Entscheidung für die Beschaffung eines SAN wurde im Juli 2000 getroffen. Mit Jänner 2001 wurde die Ausschreibung zur Anschaffung eines SAN-basierenden Storage- und Backupsystems getroffen, der Zuschlag erfolgte im Gemeinderat am 25. Oktober 2001. Das gesamte SAN-Projekt sollte drei Hauptanforderungen erfüllen:

- Automatisierung der Datensicherung von ca. 100 Serversystemen an den Standorten MA 14 und Rathaus
- Oracle Datenbank Server als Nachfolger für die bisherigen Systeme
- Erfüllung der laufend steigenden Anforderungen an Plattenspeicher für Serversysteme.

Die Installation und Inbetriebnahme der ersten Ausbaustufe mit Geräten der Firmen COMPAQ und IBM wurde termingerecht Anfang Dezember abgeschlossen. Derzeit wird intensiv an den Vorbereitungen für die Einbindung weiterer Applikationen gearbeitet. Bis Mitte 2002 sollen alle bestehenden Oracle-Datenbanken, alle 6 Exchange Server und 8 Fileserver in das SAN übernommen sein.

#### **Bezugsbeleg neu**

Seit Oktober 2001 gibt es einen neuen Bezugsbeleg. Nach den Umstellungsarbeiten am neuen Lohnverrechnungssystem im Jahr 1999 ergab sich die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit, einen neuen Bezugsbeleg zu realisieren. Folgende Kriterien mussten bei einer neuen Lösung Berücksichtigung finden:

- Nur ein Format für alle Bediensteten / Empfänger
- Wirtschaftliche Erstellungsmöglichkeit
- Aussagefähigere Texte bei den Gehaltsbestandteilen
- Trennung zwischen aktuellen und zurückliegenden Bezugsteilen
- Sehr unterschiedliche und wechselnde Anzahl von Lohnbestandteilen
- Mehr Informationsmöglichkeiten für die Bediensteten / Empfänger.

Um alle Anforderungen bestmöglich umzusetzen, wurde das Format A4 mit doppelseitigem Druck gewählt. Eine ganze Seite steht für die Lohnverrechnungsdaten zur Verfügung. Auf dieser werden die Be- und Abzüge in aktuelle und zurückliegende Blöcke getrennt dargestellt. Die zweite Seite ist für die Kennung zur Person (Name und Anschrift) und zusätzliche allgemeine bzw. dienstliche Informationen vorbehalten. Durch intensive Zusammenarbeit zwischen MA 2 (MA 3), Wiener Wohnen und MA 14 wurde der neue Bezugsbeleg realisiert. Alle Beteiligten sind überzeugt, die allen Anforderungen am besten entsprechende Lösung realisiert zu haben.

#### **Verwaltung Integrierter Personaldaten (VIPER)**

Für das Projekt VIPER stand das Jahr 2001 ganz im Zeichen von Rollout und Konsolidierung. Es wurden weitere 84 Personalstellen im Magistratsbereich auf die neue Software zur dezentralen Personalverwaltung umgestellt. Somit arbeiten derzeit 105 Magistrats- und 26 KAV-Personalstellen mit VIPER. Weiters wurde auch das neue und umfassende Security-Konzept implementiert.

Die nennenswertesten parallelen Weiterentwicklungen konzentrieren sich auf die neuen Funktionen rund um Dienstpostenplan, Referatseinteilung und auch die elektronische Unterstützung des Frauenförderungsplans. Hauptaugenmerk dieser Konsolidierungsphase lag aber darin, trotz des rasanten Rollouts und den damit verbundenen zu erwartenden neuen Anforderungen, nicht nur keinen Qualitätsverlust, sondern sogar eine weitere Verbesserung der Stabilität zu erreichen. Außerdem wurde durch Einsatz eines neuen Helpdesk-Tools zur Aufnahme und Dokumentation von Problemfällen und auch durch die Verbesserungen auf den Gebieten der Key-User-Workshops oder des Intranet-Angebots der

# Stadtentwicklung und Verkehr

Support der Anwender auf eine der obersten Stufen der Professionalität gebracht.

## EU-Tätigkeiten 2001

- Mitte des Jahres 2001 abgeschlossen wurde das EU-Projekt „DEBUT - Data Exploitation and Best Utilisation Trial“ mit einem Treffen aller teilnehmenden Institutionen und Projektpartner in Wien im Mai zum Thema „Datenerhebung und optimale Anwendungsverfahren“. Hauptziel des Projekts war eine Untersuchung der Widerstände von Kulturorganisationen und öffentlichen Service Anbietern, ihre Daten und Informationsquellen gemeinsam und auf der Basis entsprechender Verfahrensvereinbarungen im Rahmen von Pilotanwendungen zu nutzen.
- Das TEN-telecom Projekt „Virtu Halls“ fand im Herbst 2001 ebenfalls seinen Abschluss. Ziel dieses Projekts war es, die Erweiterung und Implementierung von „local branded e-Government Portals and Services“ in den Bereichen der kommunalen Verwaltung, des Wohnungswesens sowie von Kultur und Business zu fördern.
- Mit dem EU-Projekt „EDEN - Electronic Democracy European Network“ wurde Anfang des Jahres 2001 begonnen und im Juli das dritte Consortial-Meeting in Wien abgehalten. Das Projekt wird dazu beitragen, die Bürgerbeteiligung im Stadtplanungsbereich durch die Entwicklung von natürlichsprachlichen Analysewerkzeugen, die eine Vereinfachung der Kommunikation zwischen den Bürgern und den öffentlichen Verwaltungen ermöglichen werden, zu fördern.
- In Fortsetzung eines im Herbst 2000 thematisch ähnlichem abgeschlossen EU-Projekts wurde Anfang 2001 mit dem TEN - telecom Projekt „Senior Online“ begonnen. Im Oktober fand dazu in Wien ein Consortial-Treffen statt, wo die Projektergebnisse abgestimmt und andererseits Vorbereitungen für das annual review in Brüssel im November getroffen wurden.
- Weiters wurde an den nachfolgenden EU-Veranstaltungen im Laufe des Jahres 2001 aktiv teilgenommen: ISSS2001 in Hradec Kralové (Tschechien), AER in Neptun (Rumänien), e-Mobility in Göteborg, DEXA 2001 in München, eGovernment und eAdministration in Paris sowie an den Telecities Tagungen in Huelva, Edinburgh und Marseilles.

## Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18)

Aus der Umsetzung der Regierungserklärung der neuen Stadtregierung ergaben sich administrative, organisatorische und sachliche Veränderungen in der Geschäftseinteilung für den Magistrat. Daraus ergaben sich mehrere Veränderungen für die MA 18:

- Die Ausgliederung des Referats Wissenschafts- und Forschungsförderung.
- Die Einrichtung einer **Koordinationsstelle zur Umsetzung des Strategieplans**, der im Jahr 2000 von der MA 18 unter der Leitung des Planungsdirektors fertig gestellt wurde. Nach personalintensiver Ausschreibung unter maßgeblicher Beteiligung der MA 18 wurde dieser Stelle ein „Büro“ zugeordnet, das auch durch die Abteilung finanziert wird. Zentrale Aufgaben dieser Stelle

sind u. a. die Aktivierung und Koordination der beschlossenen Projekte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen und die Öffentlichkeitsarbeit, Informationsbereitstellung und Bewusstseinsbildung sowie die Evaluierung und kontinuierliche Dokumentation im Hinblick auf die Erfolgskontrolle der Umsetzungsmaßnahmen. Die Lenkungsgruppe, der auch die Abteilungsleiterin angehört, legte eine Prioritätenreihung und Vertiefung der beschlossenen Strategiefelder, übereinstimmend mit der Regierungserklärung, vor.

- Gemäß New Public Management im Magistrat der Stadt Wien wurden über den bisherigen Budgetrahmen der Geschäftsgruppen hinausgehend auch die Mittel für Personal und Amtsaufwand ab 1. Jänner 2002 in die Verantwortung der zuständigen StadträtInnen übertragen. Als **Geschäftsgruppen-Budgetkoordinator** wurde der bereits bisher für das Budget der Planungsabteilungen verantwortliche Mitarbeiter eingesetzt. Schwerpunkte im Berichtsjahr waren die Koordinierung des Mittelbedarfs aller Abteilungen der Geschäftsgruppe im Jahr 2001 und die Erstellung des Voranschlags 2002. Auch war ein System zu entwickeln und aufzubauen, das bei einer hohen Eigenständigkeit aller Abteilungen bei Planung und Vollzug des Mitteleinsatzes gleichzeitig auch die Einhaltung der gegebenen Rahmenbedingungen sicherstellt.
- Mit Erlass der Magistratsdirektion – Stadtbauverwaltung, MD-BD-3887/01 vom 17. Juli 2001, wurde ein Mitarbeiter der Abteilung als **Projektkoordinator für die Donaukanalzone** eingesetzt. Seine Aufgaben sind:
  - Die Erstellung eines Masterplans, der insbesondere auch die Verzahnung zwischen dem engeren Donaukanalbereich und den angrenzenden Bereichen sicherstellt, die Entwicklungspotenziale definiert, die Zielrichtung der Entwicklung festlegt, die Vorgehensweisen zur Umsetzung beinhaltet und einen Finanzierungs- und Zeitplan vorschlägt.
  - Die Abstimmung von Planungen und Maßnahmen mit allen relevanten Dienststellen im Magistrat, mit den betroffenen Bezirken sowie magistratsexternen Stellen.
  - Die Koordination der Weiterentwicklung und Umsetzung von laufenden bzw. eingeleiteten Realisierungen unter besonderer Bedachtnahme auf Public Private Partnership-Modelle.
  - Die Durchführung von Interessentensuchen zur Erlangung von Nutzungsvorschlägen.
  - Die Behandlung von extern eingebrachten Nutzungsvorschlägen und Projekten im Lichte der Gesamtzielsetzungen.

Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit hat in der öffentlichen Verwaltung bereits eine lange Tradition: die Effizienz des Handelns ist immer wieder einer Kontrolle durch die dazu bestimmten Einrichtungen unterworfen, eine systematische begleitende Beobachtung, ein operatives **Controlling**, ist jedoch im Interesse einer raschen Reaktion auf mögliche Fehlentwicklungen notwendig. Aber auch die Frage nach der Zweckmäßigkeit, d. h. nach der Orientierung auf die strategischen Ziele, verlangt nach Antworten, die Aufschluss darüber geben können, ob die Tätigkeiten der Abteilung zu den von den Ziel-

gruppen gewünschten und erwarteten Ergebnissen führen. Im Interesse bevorstehender Vereinbarungen wurde mit systematischen Vorarbeiten für die Einführung eines Controlling in der MA 18 begonnen.

### **Büroflächenbedarf**

Kennzeichnend für die Büroflächenentwicklung ist die deutliche Zunahme des Flächenbedarfs der letzten drei Jahre. Betrug 1997 und 1998 die jährliche Büroflächennachfrage noch rund 160.000 m<sup>2</sup>, liegt seit 1999 (bis voraussichtlich 2004) der jährliche Büroflächenbedarf v. a. auf Grund einer insgesamt ansteigenden Bürobeschäftigtenzahl im Dienstleistungssektor zwischen 200.000 und 260.000 m<sup>2</sup>. Deutlich belebt wurde die Büronachfrage in Wien durch internationale Unternehmen als Standort für Osteuropazentralen.

Die Bürobautätigkeit, die generell konjunktur- und auslastungsbedingten Schwankungen unterliegt, ist seit 1998 wieder deutlich gestiegen. Im Jahr 2000 wurden rund 246.000 m<sup>2</sup> und 2001 rund 430.000 m<sup>2</sup> Büroflächen fertig gestellt. Zwischen 1992 und 2000 wurden insgesamt rund 1,76 Mio. m<sup>2</sup> Büroflächen neu errichtet, fast die Hälfte davon waren Projekte mit mehr als 10.000 m<sup>2</sup>. In der City sind mit rund 300.000 m<sup>2</sup> ca. 17 % der Gesamtproduktion auf den Markt gekommen, mehr als 900.000 m<sup>2</sup> (51 %) entstanden in den Bezirken 2 bis 9 und 20. Für die Jahre 2001 bis 2004 ist die Errichtung von mehr als 1,5 Mio. m<sup>2</sup> neuen Büroflächen geplant. Davon werden aus heutiger Sicht vorläufig 1 Mio. m<sup>2</sup> realisiert werden, der Rest soll erst bei konkreter Nachfrage realisiert werden. Ende 2001 betrug der gesamte Büroflächenbestand in Wien rund 9,5 Mio. m<sup>2</sup>.

### **Ausarbeitung von grundsätzlichen und übergeordneten Stadtplanungszielen**

Obwohl Gender Mainstreaming (GM) ein sich an beide Geschlechter richtendes Gleichstellungskonzept ist, wird davon ausgegangen, dass vor allem die Interessen von Frauen in der Stadtplanung verstärkt beachtet werden sollten. GM kann nur effektiv Platz greifen, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist und auf allen Entscheidungsebenen sichtbar wird. Wien hat eine für Frauenangelegenheiten zuständige Magistratsabteilung sowie die Leitstelle für alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen in der Baudirektion des Magistrats.

Wien begann mit Gender Mainstreaming-Projekten bereits zu einem Zeitpunkt, noch bevor GM zum europaweit anerkannten Konzept der Gleichstellungspolitik wurde. Projekte wie die Frauenwerkstatt I und II (als Musterbeispiele für GM) und das in zwei Wiener Parks verwirklichte Konzept der geschlechtersensiblen Freiraumgestaltung erlangten internationale Aufmerksamkeit. Im Dezember 2001 fand der internationale Workshop „Gender Mainstreaming in der Stadt- und Verkehrsplanung“ unter dem Vorsitz von Stadtrat Dipl.-Ing. Rudolf Schicker und der Leiterin der MA 18 statt. Diese Veranstaltung mit TeilnehmerInnen aus Deutschland, der Schweiz, Großbritannien, Kroatien und Wien stand unter dem Zeichen eines fundierten internationalen Erfah-

rungsaustausches zum Thema. Damit wurde eine Entwicklung eingeleitet, die GM bereits auf der verhältnismäßig abstrakten Ebene der Stadtplanung den gebührenden Stellenwert sichert.

### **Grundsätze für die Gestaltung und Anwendung planungsbezogener Gesetze**

Bereits nach der Anfang der 90er Jahre geführten öffentlichen Hochhaus-Diskussion gab es eine interne Richtlinie für die Beurteilung von Hochhausprojekten, die, auf Kriterien zu Aspekten wie Stadtentwicklung, Gestaltungsqualität, soziale Verträglichkeit oder öffentlicher Raum aufbauend, Höhenentwicklung und mögliche Eignungs- und Ausschlusszonen zum Inhalt hatte. Der Ruf nach Rechtsicherheit für die BürgerInnen verlangt nunmehr aber nach einem verbindlichen Regelwerk: ab Jahresbeginn wurde daher, aufbauend auf hausinterner Expertise und bisher gemachten Erfahrungen, ein beschlussfähiges **Hochhauskonzept** in dazu eingerichteten Arbeitskreisen erarbeitet. Im Herbst wurde der Entwurf einer Beurteilungsrichtlinie für Hochhausprojekte der Stadtentwicklungskommission vorgelegt und der Presse vorgestellt. Gleichzeitig fanden Diskussionen auf unterschiedlichen Ebenen statt: mit einschlägigen Experten, mit interessierten BürgerInnen auf einer Internetplattform sowie in einem Workshop mit Hochhausbewohnern und Soziologen. Nach Einarbeitung dieser Ergebnisse soll der überarbeitete Entwurf im Frühjahr 2002 beschlussreif sein.

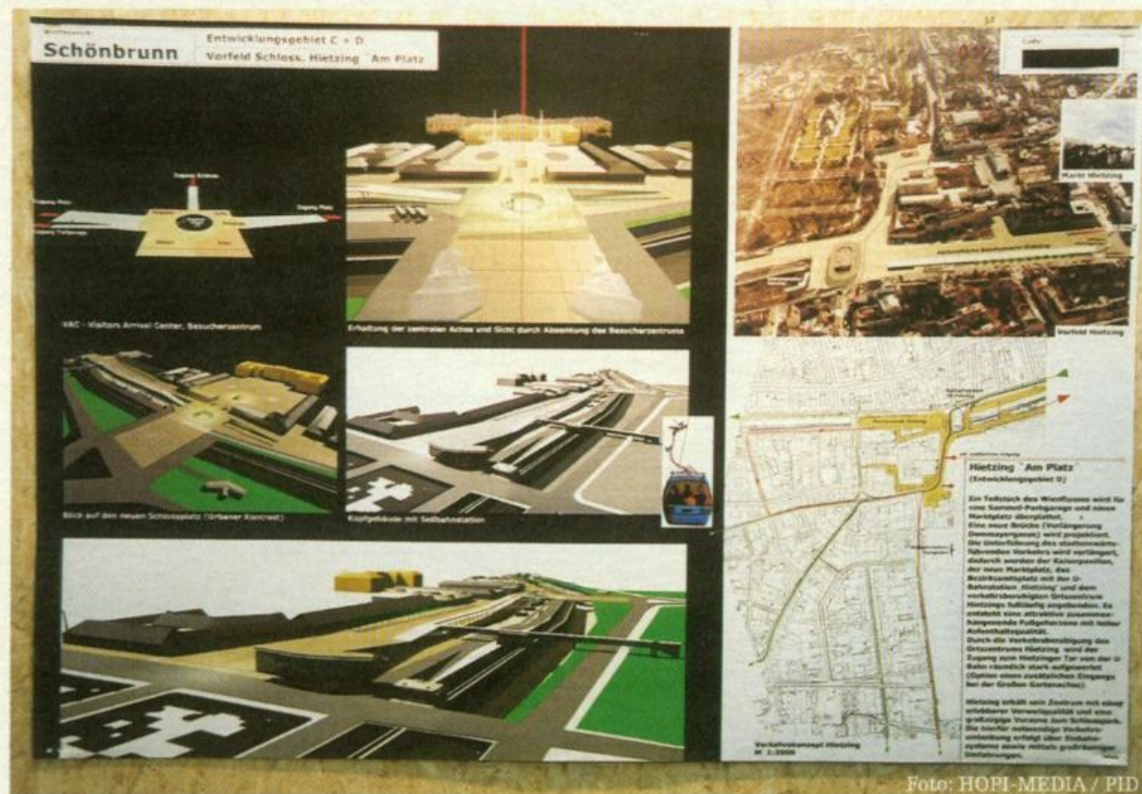
Das Regelwerk für die Planung und Beurteilung von Hochhausprojekten orientiert sich an Ausschlusszonen (u. a. Schutzzonen nach § 7 BO-W, Landschaftsschutzgebiete gemäß Wiener Naturschutzgesetz, wesentliche Sichtachsen und Blickbeziehungen, die für die Wahrnehmung des charakteristischen Stadtbilds von Bedeutung sind) und Eignungszonen (v. a. Standorte hochrangiger ÖV-Erschließung). Die definitive Beurteilung als Eignungsstandort für ein Hochhaus wird an den Nachweis geknüpft, die stadtstrukturell und städtebaulich qualitätvolle Einbindung in die Wiener Stadtlandschaft zu garantieren.

### **Besorgung von Sonderaufgaben der Stadtentwicklung und Stadtplanung**

Zur Abschätzung weiterer Entwicklungschancen und Risiken des sensiblen Stadtraumes Westeinfahrt **Wien-Auhof** untersuchte die MA 18 im Rahmen einer magistratsinternen Bearbeitung vier Entwicklungsszenarien auf ihre strukturellen, gestalterischen und verkehrlichen Auswirkungen. Die abschließende Beurteilung ergab, dass der Untersuchungsbereich nicht großflächig entwickelt werden kann.

In Zusammenarbeit mit der MA 21B wurde zum Thema „Entwicklungsspielräume der Stadtstruktur und Stadtlandschaft in den Randzonen des Stadtraumes **Schloss und Schlosspark Schönbrunn**“ ein zweistufiger Wettbewerb ausgeschrieben, durchgeführt, und auch von einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit (Bezirksausstellungen) begleitet. Die prämierten Ideen bilden die Grundlage für eine weiterfüh-

# Stadtentwicklung und Verkehr

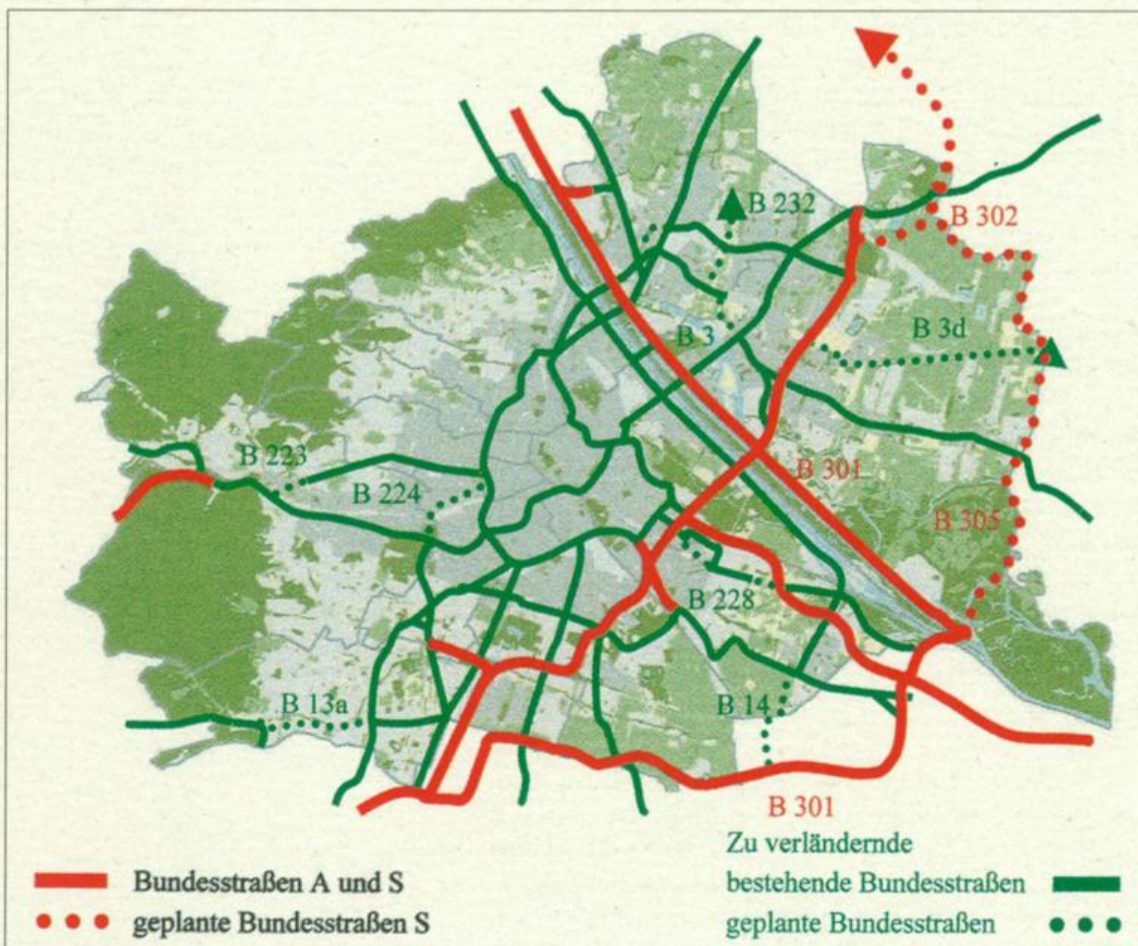


Ansicht eines Planungsprojekts bei der Ausstellung im Amtshaus Meidling über die Ergebnisse des Wettbewerbs zur Neugestaltung von Schloss und Park Schönbrunn.

rende, ausführungsorientierte Bearbeitung von Teilbereichen (z.B. FIAT-Gründe) bzw. für weiterführenden Wettbewerbe.

## Verkehrsplanung

Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag bei Planungsfragen regionaler und städtischer Verkehrsinfrastruktur



Veränderung der Bundesstraßen in Wien gemäß Novellenentwurf für das Bundesstraßengesetz (MA 18, Stand 10. Jänner 2002)

tur und in der Mitarbeit an Konzepten und Untersuchungen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO). Zu den Aufgaben der Verkehrsplanung zählen grundsätzlich die generelle verkehrssystemübergreifende und raumstrukturbezogene Bearbeitung jener übergeordneten Verkehrsnetze und -knoten, die Bedeutung für die Verkehrsbeziehungen innerhalb der Stadt ebenso wie mit dem Umland haben (speziell vor allem aber auch die generelle Planung von U-Bahn und Bundesstraßen). Daneben erforderte die aktive Mitwirkung an Vorhaben anderer Stellen sowohl Fachkompetenz als auch erheblichen zeitlichen Arbeitsaufwand.

Planungen für den öffentlichen Verkehr konzentrierten sich auf Überlegungen für U-Bahn-Netzentwicklungen als Vorbereitung für die **4. Ausbauphase der U-Bahn**. Im Sinne einer Optimierung der Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln hat die MA 18 ein „Brainstorming“ mit Experten des Magistrats, der Wiener Linien und externen Fachleuten für die verschiedenen Fachrichtungen abgehalten. Als Ergebnis liegt nunmehr eine Weiterentwicklung des U-Bahn-Netzes mit Netzergänzungen z. B. durch Schnellstraßenbahnlinien vor.

Die Stadt Wien hat sich im April 2001 entschlossen, das Wiener Verkehrskonzept 1994 in der Form eines „**Masterplan Verkehr Wien**“ weiterzuentwickeln. Zu Jahresende 2001 wurden Entscheidungen auf europäischer und nationaler Ebene vorbereitet, mit denen auch wichtige Weichenstellungen für die Stadt verbunden sind. Auf Grund der Dringlichkeit dieser Vorhaben legte die Stadt Wien als ersten Schritt ein Positionspapier zu diesen verkehrspolitischen Themen vor. Das Positionspapier wurde als wesentliche Forderung Wiens in den **Generalverkehrsplan Österreich (GVP-Ö)** eingebracht. Der GVP-Ö 2002 besteht aus den verkehrspolitischen Grundsätzen und dem Infrastrukturprogramm für die Verkehrsträger Straße, Schiene und Donau. Er entstand im Rahmen eines Beratungsprozesses, in dem auch die Bundesländer eingebunden waren. Im Rahmen des GVP-Ö wurde auch die „Veränderung“ der Bundesstraßen, das heißt deren Übertragung in Länderkompetenz im Rahmen einer Novellierung des Bundesstraßengesetzes, behandelt.

## Erfassung, Analyse und Zusammenführung aller für die Stadtentwicklung maßgeblichen Faktoren unter besonderer Beachtung der regionalen Zusammenhänge

Bereits im Herbst 2000 begannen die Vorarbeiten für die „Strategische Umweltprüfung Entwicklungsraum Nordosten Wiens“ (SUPER NOW) als moderierter Prozess mit Beteiligung von Experten der Verwaltung, externen Fachleuten und vor allem Vertretern einer „qualifizierten Öffentlichkeit“. Ziel ist ein „Umweltbericht“ zu einem Raumentwicklungs- und Verkehrskonzept für den Nordosten Wiens bis Ende 2002. In zwei Arbeitstreffen im Herbst 2001 wurden folgende Schritte gesetzt: Basisinformation der Beteiligten (was ist Strategische Umweltprüfung), Erwartungen und Beiträge aus dem SUP-Team, Analyse und Diskussion der Ausgangssituation (aktuelle Situation, vorliegende Planungen, Erhebungen und Analysen), notwendige Ergänzungen, Beantwortung

des Fragebogens über die angestrebten Ziele und Prozessvereinbarungen.

Die Stadt Wien (MA 18) bestellte im November 2001 auch eine **Regionalmanagerin**, um die Chancen des Raumes Wien Nordost zu nutzen und die Probleme in dieser Region maßnahmenorientiert zu lösen. Sie soll die Stadt Wien bei der Behandlung der immer bedeutender und schwieriger werdenden Stadt-Umland-Fragen wirksam unterstützen. Dazu dienen auch regelmäßige Kontaktgespräche des 21. und 22. Bezirks mit den Nachbargemeinden, sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Planungsgemeinschaft Ost, dem niederösterreichischen Regionalmanager für das Weinviertel sowie den Ämtern und Behörden der Gebietskörperschaften.

In Weiterführung der bisherigen Überlegungen zu einem Masterplan Rothneusiedl wurde nunmehr auch ein **Entwicklungsprogramm Südraum Wien** als eine über die Stadtgrenze hinausgehende Betrachtung des Raums Inzersdorf / Rothneusiedl / Vösendorf / Hennersdorf / Leopoldsdorf in Form einer fachübergreifenden Studie zur Landschafts-, Raum- und Verkehrsentwicklung ausgearbeitet. Diese enthält die wesentlichen Randbedingungen zur Errichtung des Güterverteilzentrums Inzersdorf-Metzgerwerke einschließlich seines Umfelds.

#### **Vertretung des Landes Wien in der Planungsgemeinschaft Ost**

Niederösterreich und Wien beteiligten sich gemeinsam an einer Untersuchung im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) über den Einsatz einer **Mischsystemtechnik**, d. h. Befahren von unterschiedlichen Schienen- und Stromversorgungssystemen mit einem Fahrzeug, an vier Verknüpfungen: Heiligenstadt (U4 - S 40 und U6 - S 40), Hütteldorf (U4 - S 50) und Tscherttegasse (U6 - WLB). Alle vier Verknüpfungen sind technisch machbar (Fahrzeuge und Infrastruktur). Während die drei Verknüpfungen mit der ÖBB auf Grund der hohen Investitionen eine sehr geringe Wirtschaftlichkeit aufweisen, hat eine Verknüpfung der Badner Bahn (WLB) mit der U6 im Bereich Tscherttegasse den höchsten errechneten Nutzen und könnte ohne größere infrastrukturelle Maßnahmen realisiert werden. Zudem sind die fahrzeugseitigen Anforderungen für einen Betrieb auf beiden Schienestrecken ähnlich, sodass ohne großen Aufwand ein für beide Strecken einsetzbares Fahrzeug ohne Zweisystemtechnik entwickelt werden kann. Eine Untersuchung der noch offenen betrieblichen und technischen Details, wie Ausbildung der Gabel, unterschiedliche Zugslängen, soll unter Mitwirkung der Betreiber im Rahmen einer PGO-Arbeitsgruppe als Entscheidungsgrundlage dienen.

Für die Phase 2 „**Aktionsprogramm Raum Simmering - Schwechat**“ wurden Planungsgrundlagen auf Basis eines Luftbildplans geschaffen, und unter Mitwirkung der politischen Vertreter aus Wiener Bezirken und den niederösterreichischen Gemeinden mit fachlicher Moderation ein Konzept für konkrete, auf Umsetzung orientierte Projekte entwickelt. Für diese wurden bereits die Leistungsprofile für eine Bearbeitung durch externe Auftragnehmer im Jahr 2002 erstellt:

- „Masterplan für das interkommunale Entwicklungsgebiet Ailecgasse - Liesingtal“
- „Schwechat - Liesinglandschaft“, Leitidee „Zwischenstromland“ und „Fischalandschaft“, Leitidee „Fischainseln“.

Im Rahmen der PGO entwickelte das Regionalmanagement Wien-Umland mit den Gemeinden des Gerichtsbezirks Purkersdorf, den Wiener Bezirken 13 und 14, den Verkehrsabteilungen von Niederösterreich und Wien und mit dem Verkehrsverbund Ostregion das Bearbeitungsprofil für ein regionales **Verkehrskonzept westlicher Wienerwald**. Schwerpunktmäßig soll der öffentliche Personennahverkehr behandelt, aber auch alle anderen Verkehrsarten und die Schnittstellen zwischen den Verkehrsmitteln berücksichtigt werden. Um die Interessen aller Beteiligten wahrnehmen und abgestimmte Maßnahmen erreichen zu können (win-win-Situation) ist ein moderiertes Planungsverfahren vorgesehen (ähnlich dem Busbeschleunigungskonzept südöstlicher Wienerwald). Die Start-Sitzung unter dem Vorsitz des nun für diesen Raum zuständigen Regionalmanagers des Regionalverbandes NÖ-Mitte fand im Dezember 2001 in Purkersdorf statt. Sie diente einer ersten Meinungsbildung aller Teilnehmer und der Strukturierung der weiteren Arbeit. Ad hoc wurde das Problem „werktaglicher Wienerwald-Nachtzug“ aufgegriffen und zu Gunsten eines „**Wienerwald-Nachtbusses**“ von der Endstelle U4 in Hütteldorf in die Region ab 1. Februar 2002 gelöst.

Die Ostregion als attraktiver Wirtschaftsstandort und Lebensraum benötigt eine Infrastruktur, die aktuelle Ansprüche und zukünftige Erfordernisse erfüllen kann. Dabei wird die Straße trotz der Anstrengungen, Verkehr zu vermeiden und zu verlagern, einen Teil des zunehmenden Verkehrsaufkommens zu bewältigen haben. Es sind daher die zu erwartenden negativen Auswirkungen auf Umwelt und Wirtschaft zu minimieren. Eine Gruppe aus Vertretern aller betroffenen Institutionen, wie das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien, der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs AG (ASFINAG) sowie externen Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Raumordnung und Verkehr stellte in beispielhaft konstruktiver und in Österreich erstmaliger Zusammenarbeit eine verkehrsträgerübergreifende Studie fertig: mit den **Korridoruntersuchungen Ostregion** wurden Notwendigkeit und Sinn der wichtigen grenzüberschreitenden Verbindungen festgelegt und der Ausbaugrad definiert.

#### **Vertretung der Interessen der Stadtplanung bei sonstigen Institutionen**

Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskommission (ÖROK) wurde in den letzten drei Jahren das **Österreichische Raumentwicklungskonzept 2001**, das so genannte ÖRK 2001 auch mit Beteiligung von Experten der Wiener Stadtplanung ausgearbeitet. Der im Dezember 2001 von der Stellvertreterkommission der ÖROK beschlossene Entwurf des ÖRK 2001 stellt in seiner Gliederung und Darstellung eine umfassende Abhandlung und Zusammenfassung der Entwicklungstrends, aktueller Er-

# Stadtentwicklung und Verkehr

kenntnisse im Bereich des internationalen Diskurses über Raumentwicklungsfragen, entsprechender Konzepte und Instrumente sowie deren Umsetzungsoptionen dar. Das ÖRK 2001 bildet damit für alle mit Raumplanungsfragen befassten Stellen der Gebietskörperschaften eine wesentliche Grundlage zur künftigen Raumentwicklung, sowie einen fachlichen Orientierungsrahmen für Wirtschafts- und Sozialpartner und NGO's.

## Kooperationen der Europäischen Union und sonstige internationale Zusammenarbeit

Der Beitritt der Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) zur Europäischen Union wird Veränderungen der Wettbewerbs- und Standortbedingungen mit sich bringen, aber auch neue Siedlungsbedingungen schaffen. Wiener Initiativen im Bereich grenzüberschreitender Städtekooperationen haben das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Region in Europa zu stärken. Gleichzeitig schaffen diese Projekte eine neue Qualität von gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit. Der Raum Wien - Bratislava - Győr mit vier Millionen Einwohnern bietet sehr gute Voraussetzungen für die gemeinsame Entwicklung einer hochrangigen Zone im Sinne des von der EU deklarierten polyzentrischen Regionensystems.

Abgeschlossen wurde als Teil des INTERREG II C-Projekts IMPLAN das von Wien mitfinanzierte Projekt RAPIS, ein Raum- und Projekt-Informationssystem der Vienna Region. Unter [www.rapis.org](http://www.rapis.org) gibt es BürgerInnen, Wirtschaft, Verwaltung und Politik Auskunft über planungsspezifische Informationen und Daten in den Gebietskörperschaften, aber auch von privaten Unternehmen und Einrichtungen. Damit soll auch ein Anstoß für einen besseren Datenfluss mit der Perspektive einer „Datenfreihandelszone“ verbunden sein, um die Stärken der Vienna Region in der Informationsgesellschaft zu erhalten und weiter auszubauen.

Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) trat an die Stadt Wien heran, einen Regionalbericht (Regional Review) über die Wiener Stadtregion einschließlich Bratislava (Territorial Metropolitan Region Vienna) durchführen zu lassen. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung dieses Raumes in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Aspekte und mit einem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und „Territorial Governance“. Dieser „Background Report“ (der Review) wird in der MA 18 fachlich betreut. Alle Ergebnisse des Reviews werden den „geprüften“ Regionen als Empfehlungen vorgelegt bzw. in themenbezogene Synthesen für Bench Marking und Best Practices zusammengefasst.

Die Stadt Wien bereitete sich auf die Herausforderungen und Chancen der EU-Erweiterung, die die Stadt ins Zentrum einer grenzüberschreitenden **Europaregion** rücken wird, durch Kooperationen vor allem mit den Städten Brno, Bratislava und Győr jenseits der Grenzen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG vor. Bereits abgeschlossen sind auch von der EU geförderte Projekte wie Planning the Gateway, VITECC oder Tecnoman, eine Fortsetzung dieser Aktivitäten im INTERREG III-Programm wird angestrebt.

Die in der PGO vertretenen Länder griffen den Projektvorschlag **JORDES+** (Joint Regional Development Strategies for the Vienna-Bratislava-Győr Region) auf und formulierten dazu gemeinsam ein INTERREG III A-Projekt. Projektpartner sind die für Raumordnung und Umwelt maßgeblichen Stellen aus Österreich, der Slowakei und Ungarn. Es soll auf Grundlage eines regionalen Befundes Szenarien möglicher Entwicklungen aufzeigen und die Diskussion auf fachlicher und politischer Ebene forcieren. Projektziel ist es, eine Strategie zur gemeinsamen Entwicklung dieses Raumes zu vereinbaren. Erwartet werden Entscheidungsgrundlagen für standort- bzw. siedlungspolitische Maßnahmen und infrastrukturelle Investitionen in der Region (räumliche Strategie) sowie Empfehlungen zur mittelfristigen Realisierung einer zukunftsfähigen Wachstumsregion (wirtschaftliche Strategie). **JORDES+** soll auch Erkenntnisse für die in Überarbeitung befindlichen Entwicklungskonzepte der drei Bundesländer liefern. Dabei sind Maßnahmen zur Entwicklung eines regionalen Städtensystems im Sinne des Siedlungspolitischen Konzepts Ostregion (SKO) und ein mit dem Burgenland und Niederösterreich abgestimmtes Kapitel „Wien-Region“ für den neuen Stadtentwicklungsplan für Wien interessant. **JORDES+** soll auch zu einer gemeinsamen Planer-Plattform unter Einschluss von Vertretern der Regionen Südmährens und aus Brünn beitragen. Schließlich soll damit eine handlungsfähige Vier-Länder-Struktur zur Umsetzung politischer Vereinbarungen in einer künftigen „Europaregion“ erreicht werden.

Seit 1998 beteiligen sich die Stadt Wien und der Österreichische Städtebund an der von den EU-Mitgliedsstaaten entwickelten „Urban Exchange Initiative“, um Kooperationen in städterelevanten Fragen zu intensivieren und aus dem Vergleich verschiedener Erfahrungen Strategien zur Verbesserung der



Am 9. Mai, dem Europatag, unternahm Stadtrat Schicker mit SchülerInnen aus Brünn, Marburg und Wien der Europäischen Akademie eine Oldtimer-Straßenbahnfahrt.



Städtepolitik zu entwickeln. Die im Dezember 1999 konstituierte **Urban Development Group (UDG)** bündelte im Jahr 2000 die vorliegenden Berichte und Aktivitäten der Urban Exchange Initiative und verdichtete sie zu einem Kooperationsprozess für die Europäische Kommission. Aus veränderten Rahmenbedingungen ist aus der UDG der Vorschlag entwickelt worden, ein „European Network on Urban Regeneration“ im Rahmen von INTERREG III oder im neuen URBAN-Programm zu etablieren. Die Stadt Wien hat sich an der Entwicklung einer praxisorientierten Strategie intensiv beteiligt, um eine nachhaltige Entwicklung in den Städten umzusetzen.

Die Auswahl für ein **Ziel 2-Gebiet in Wien** erfolgte, wie auch seinerzeit die Festlegung des EU-Fördergebiets „URBAN Wien - Gürtel Plus“, aufbauend auf stadtstrukturellen Analysen. Dabei wurde ein städtisches Problemgebiet ausgewählt, das bei den meisten „Negativindikatoren“ (Anteil Substandardwohnungen, Ausländeranteil, Arbeitslosenrate, hohe Bebauungsdichte usw.) besonders ungünstige Werte aufweist. Als Ergebnis wurden Teile der Bezirke Leopoldstadt und Brigittenau als „städtisches Problemgebiet“ zur Aufnahme in die Ziel 2-Gebietskulisse vorgeschlagen und von der EU genehmigt. Der Ziel 2-Beirat erteilte bereits mehreren Förderprojekten die Genehmigung.

Die Gemeinschaftsinitiative URBAN fand mit dem Programm „URBAN II Wien-Erdberg“ für einen Stadtteil im 3. und 11. Bezirk mit Beschluss im November 2001 ihre Fortführung. Das neue URBAN-Gebiet mit rund 23.000 Einwohnern (Ausländeranteil 29,1 %) basiert ebenso auf komplexen Analysen, es umfasst eine Fläche von rund 160 ha und reicht von Erdberg im dritten bis zum Enkplatz im elften Bezirk. Im Rahmen des URBAN-Programms sollen vor allem Kleinunternehmer unterstützt und Technologieunternehmen angesiedelt sowie die Integration von ethnischen Gruppen gefördert werden.

#### Grundlagenforschung, Stadtforschung

Mit einem erst kürzlich adaptierten Rechenmodell wurde folgende **Bevölkerungsprognose** für Wien erstellt:

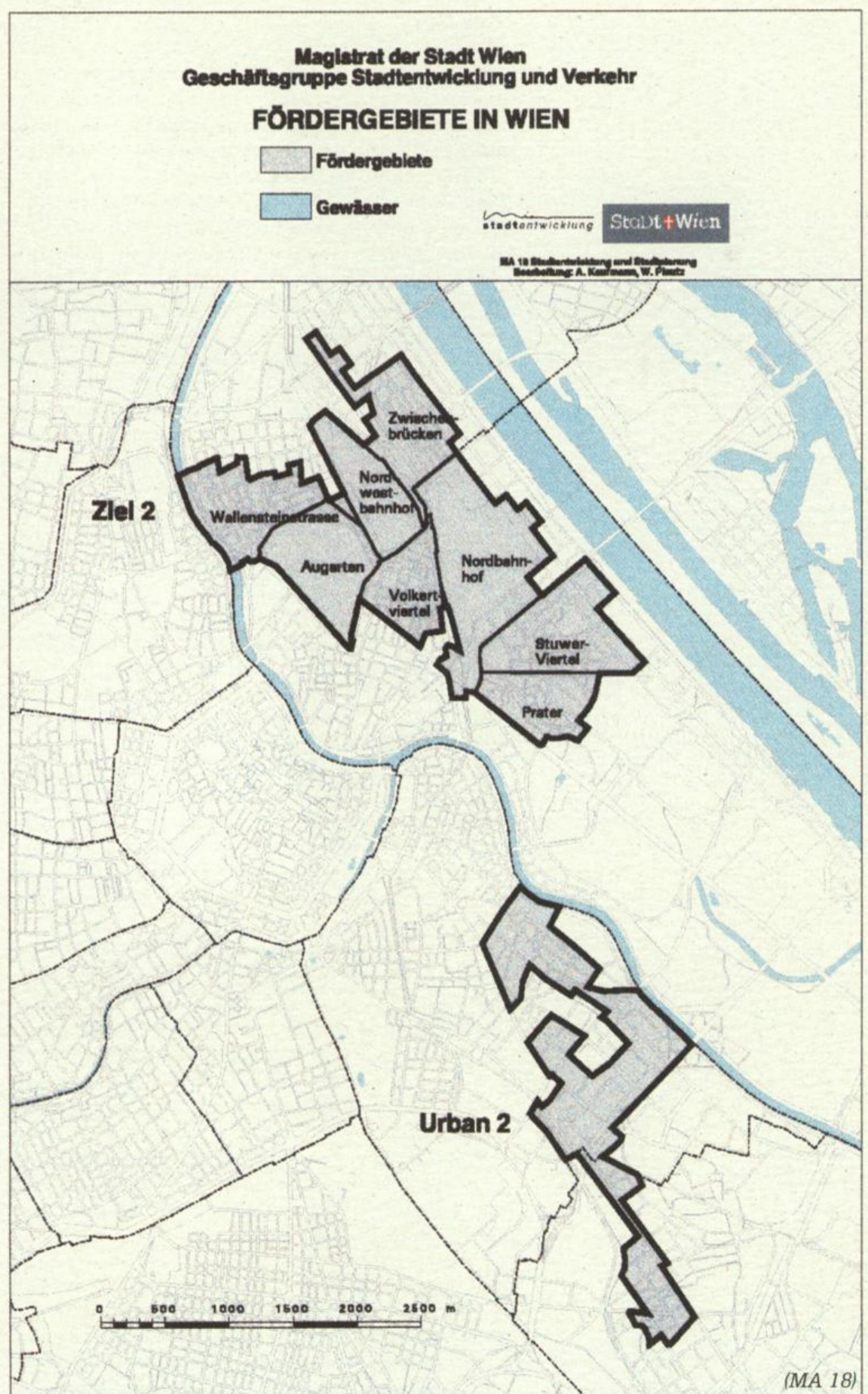
- In der ersten Dekade dieses Jahrhunderts ist eine relativ geringe Entwicklungsdynamik zu erwarten. Bis 2005 wird mit einem Zuwachs von rund 15.000 Personen, bis 2010 mit einer höheren Bevölkerungszunahme (+ 23.800 oder 1,5 %) zu rechnen sein.
- Für die zweite Dekade sind in den Annahmen bereits deutlicher die Auswirkungen der EU-Osterweiterung eingeflossen. Eine wieder steigende Zuwanderung könnte für diese 10 Jahre ein Einwohnerwachstum von knapp 70.000 Personen zur Folge haben, das auch für die 30er Jahre angenommen wird.

Dieses Entwicklungsszenario ergibt also, dass die Bevölkerung Wiens in den kommenden drei Jahrzehnten um rund 180.000 (+11,2 %) auf insgesamt etwa 1.787.000 Personen zunehmen wird. Für die Wiener Stadtregion rechnet man wegen der stärkeren Wachstumsdynamik im Wiener Umland bis 2030

mit einer Zunahme um etwa 285.000 Personen (+14,4 %) auf knapp über 2,5 Millionen.

Die Entwicklung der Wiener Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten durch eine erhebliche Verschiebung der Proportionen wichtiger Altersgruppen zueinander gekennzeichnet sein. Die fortschreitende Überalterung wird dabei vor allem arbeitsmarkt- und sozialpolitisch bedeutsame Veränderungen bringen.

Um mehr Platz für Kinder und Jugendliche zu schaffen, wurde „mehr platz II“, basierend auf den Er-



# Stadtentwicklung und Verkehr

gebnissen von „mehr platz!“, als nächster Schritt durchgeführt. Dafür wurde ein Pilotgebiet im 2. Bezirk - als dichtbebauter Innenbezirk - ausgewählt. Es konnte gezeigt werden, dass durch Kooperationen mit Vertretern außerhalb des Magistrats, durch Lobbying und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit für die Interessen der Kinder kleine aber effiziente strukturverbessernde Maßnahmen und damit konkrete Schritte gesetzt werden können, um ein brauchbares Angebot an Spiel- und Freiraum für diese Altersgruppe zu schaffen und attraktiv zu machen. Im 5. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung (RFTE) ist die Wiener Stadtplanung an mehreren Projekten partnerschaftlich beteiligt:

Das Projekt **URBAN CATALYST - Strategien für temporäre Nutzungen** wird von elf Partnern aus fünf europäischen Ländern getragen. Es werden Brachflächen sowie ungenutzte Räume und Gebäude auf ihre Eignung für Zwischennutzungen untersucht. Analysen werden in Wien, Berlin, Amsterdam, Helsinki und Neapel durchgeführt. Testobjekte für die Stadt Wien sind die Rinderhalle St. Marx und der Gaudenzdorfer Gürtel. In der 1. Projektphase wurden sowohl die Charakteristika solcher Freiflächen, als auch die Qualitäten von schon bestehenden Zwischennutzungen in den Testgebieten untersucht und mit Referenzprojekten (KDAG und mit dem Projekt „einfach-mehrfach“) verglichen. Nach stadt-räumlichen Analysen und entsprechend den Bedürfnissen verschiedener „Zwischennutzer“ wird ein Maßnahmenkatalog für neue Methoden und Instrumente erarbeitet, um Zwischennutzungen in Planungsprozesse einzubeziehen und gleichzeitig Raum für kulturelle und andere (Freizeit-)Aktivitäten zu schaffen.

Beim thematischen Netzwerk **INTERACT** (INTEgrated uRban governAnce for City of Tomorrow) geht es den 34 Partnern aus dem Städtenetzwerk Eurocities und den 13 Städten aus der EU und den Erweiterungsländern um Erfahrungsaustausch, „Best practices“, die Analyse von Hindernissen, die Entwicklung von operationellen Methoden zur Verbesserung des strategischen Stadtmanagements und die Implementierung von Stadtentwicklungsplänen und deren strategische Projekte. Der Wiener Beitrag ist als strategisches Projekt dem Thema „Innerstädtische Zentren und Geschäftsstraßen“ im Rahmen der Umsetzung des Wiener Strategieplans gewidmet.

**PEGASUS** (Planning, Environment, Governance And Sustainability) besteht aus einer Folge von Workshops, dem Austausch und der Schulung von Stadtplanern, die anschließend die Anwendungsmöglichkeiten und Umsetzbarkeit eines neuen theoretischen Ansatzes („ROM“) zur Raumentwicklung („Spatial Development and Environment“) in anderen europäischen Gebieten bewerten und analysieren sollen. Beteiligt sind Sevilla, Birmingham, Genua, Malmö, Prag und Wien.

Das Projekt **COMET** (Competitive Metropolises - Economic Transformation, Labour Market and Competition in European Agglomerations) soll Instrumente zur Entscheidungsfindung für die Stadtplanung und eine nachhaltige Entwicklung des ter-

tiären Sektors in innerstädtischen und suburbanen Gebieten erarbeiten und ein neues Arbeitsinstrument für die Analyse der tertiären Suburbanisierung, Entscheidungsmethoden für optimale Standorte und Steuerungsmechanismen für städtische Zersiedelung entwickeln. Erwartet werden Instrumente für das Management, ein Leitfaden und ein Handbuch für Anwender. Das Projekt läuft in 7 Ländern und wird von 16 Partnern getragen.

## Planungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Der Aufgabenbereich und der Arbeitsumfang der Öffentlichkeitsarbeit der „**stadtentwicklung**“ Wien (Magistratsabteilungen 18, 19, 21 A, 21 B, 21 C und 41) werden einerseits vom Bedürfnis der BürgerInnen nach Information und andererseits von den jeweiligen Aufgabenstellungen und Ergebnissen der beteiligten Fachabteilungen bestimmt. Die wachsende mediale Überflutung macht es immer wichtiger, Informationen auf rein fachlicher Ebene zu vermitteln und gleichzeitig Plattform für das feed-back der BürgerInnen dieser Stadt zu sein. Es wurden viele InteressentInnen einzeln oder in Gruppen über die Tätigkeit der Wiener „**stadtentwicklung**“ informiert, die Betreuung von Delegationen aus dem In- und Ausland (51 Delegationen mit 1.040 Personen, darunter u. a. Bürgermeister und Politiker aus Städten der EU-Erweiterungsländer sowie der Russischen Föderation und der Volksrepublik China) durch MitarbeiterInnen der Stadtentwicklungsabteilungen war daher ein weiterer Aufgabenschwerpunkt.

Die Wiener Stadtentwicklung war auch mit **Ausstellungen im Ausland** präsent. Die Ausstellungen „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung - Der Stand der Dinge“ und „Wien, Architektur - Der Stand der Dinge“ wurden in den Städten Belgrad und Warschau, „Wien, Städtebau - Der Stand der Dinge“ wurde in Straßburg präsentiert; die Ausstellung „Best of European Cities“ in Leipzig, „Frauen in der Technik von 1900 bis 2000“ in München gezeigt.

Das Aufgabenspektrum wurde im Jahr 2001 durch die organisatorische Bewältigung zahlreicher Fachveranstaltungen abgerundet. Dabei bestand die Aufgabe des Teams der Öffentlichkeitsarbeit darin, als Veranstaltungsorganisator die Voraussetzungen und den Rahmen für eine gedeihliche Arbeit nationaler und internationaler Expertenteams zu schaffen.

Das Thema Planung wurde auf der Internet-Homepage der Stadt Wien ([www.wien.at/stadtentwicklung](http://www.wien.at/stadtentwicklung)) maßgeblich ausgeweitet. Damit können nicht nur aktuelle Vorhaben der Stadtplanungsabteilungen von einer wachsenden Zahl von BewohnerInnen abgefragt werden, auch die grundsätzlichen Leitvorstellungen der Planung sind über Internet abrufbar. Zur Zeit stehen ca. 750 Seiten zu den verschiedensten Themen der Wiener Stadtentwicklung online zur Verfügung.

In den **Schriftenreihen** der Wiener „**stadtentwicklung**“ wurden im Jahr 2001 unterschiedliche Themen behandelt: in der Publikation „Wien, Donaauraum - Der Stand der Dinge“ war der neue Nutzungsplan für dieses Freizeitangebot Thema. In der Reihe

der „Werkstattberichte“ wurde der „Stadtentwicklungsbericht 2000“, „Internationale Hochhauskonzepte“ in einer deutschen und englischen Ausgabe sowie die „U2 - Begleitende Öffentlichkeitsarbeit“ behandelt. Außerdem wurden mehrere Broschüren mit Bezirksleitlinien und Informationsfolder herausgegeben, wie z. B. der Folder FahrRAD in Wien in einer Auflage von 20.000, der an eine interessierte Öffentlichkeit verteilt wurde, aber auch als Argumentarium für die politische Ebene (Bezirke) dienen kann. Zusätzlich wurden die Inhalte für ein Handbuch „Radverkehr“ zusammengetragen, das detaillierter auf die aktuelle Situation des Radverkehrs in Wien eingehen wird.

#### Betrieb der Planungswerkstatt

In der Wiener Planungswerkstatt, einem ständigen Ausstellungsraum unmittelbar neben dem Rathaus, wurden Fragestellungen der „stadtentwicklung“ behandelt und der interessierten Bevölkerung Informationen über Probleme, Zielsetzungen, Lösungsmöglichkeiten und Ergebnisse von Planungen vermittelt. Besonders erwähnenswert sind die Ausstellungen „Stadtentwicklungsbericht 2000“ und „Floridsdorf zeigt Zukunft“. Letztere wurde auch in der Bezirksvorstehung für den 21. Bezirk präsentiert. Die Ausstellung „Landwirtschaft in Wien“ in der Wiener Planungswerkstatt hatte die Ergebnisse der vorangegangenen Bearbeitungen „Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen der Wiener Landwirtschaft“ und des Kulturlandschafts-Forschungsprojektes „Optionen für die Entwicklung von Landwirtschaft und Gartenbau in Wien“ zum Thema. Begleitend zu einer Broschüre wurden Exponate zu „Wien, Donaauraum - Der Stand der Dinge“ mit sehr großem Erfolg gezeigt. Bei diesen Ausstellungen wurden speziell die Wiener Schulen zu Fachführungen und Diskussionen eingeladen. Hierbei konnten über 800 Wiener SchülerInnen betreut werden. Im Sommer 2001 beteiligte sich die Wiener Planungswerkstatt am Wiener Ferienspiel mit dem Thema „Mädchen planen ihre Stadt“. Gastausstellungen informierten über Architektur aus Polen und der Stadt Berlin.

#### Zentralarchiv der Stadtplanung und technische Bibliothek

Die technische Bibliothek stellt für den gesamten technischen Bereich des Magistrats die in den einzelnen Fachabteilungen benötigte Amtsliteratur, Fachzeitschriften etc. sowie die jeweils aktuellen Gesetze, Normen und Regelwerke zur Verfügung („fachliche Leihbibliothek für MitarbeiterInnen“) und sammelt, archiviert und dokumentiert die im Bereich der Planungsabteilungen erstellten oder in deren Auftrag gemachten Studien, Projekte und wissenschaftlichen Arbeiten. Der Bestand wurde im abgelaufenen Jahr um 499 neue Titel (979 Bände) erweitert, knapp ein Viertel davon waren „Archivexemplare“ eigener Bearbeitungen. Es stehen somit aktuell insgesamt etwa 28.000 Titel (rund 50.600 Bände) zur Verfügung. Damit konnte mehr als 1.200 Personen die gesuchte Information in Gestalt von knapp 2.400 entlehnten Bänden vermittelt werden. Die Dokumentation Stadtplanung findet auch bei auswärtigen Benutzern großes Interesse, besonders

Arbeiten aus der jüngeren Vergangenheit dienen oft als Grundlage für weitere Bearbeitungen an Universitäten und vergleichbaren wissenschaftlichen Institutionen.

Eine wesentliche Verbesserung für MitarbeiterInnen des gesamten Magistrats (inklusive KAV) ergab sich durch den Onlinezugriff auf **ÖNORMEN, RVS und das Amtsblatt** der EG im Intranet, der in Zusammenarbeit mit der MA 14-ADV realisiert werden konnte. Davon wird monatlich öfter als 11.000-mal Gebrauch gemacht.

Im magistratsinternen Umlaufverfahren befanden sich 337 verschiedene technische Fachjournale (Periodika). In den 212 Mappen mit wöchentlich neuen Fachzeitschriften standen somit im Laufe des Jahres insgesamt mehr als 36.600 Einzelhefte zur Verfügung.

#### Architektur und Stadtgestaltung (MA 19)

Die MA 19 ist im Rahmen der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr die Fachdienststelle für Architektur, Stadtgestaltung und alle Belange des Stadtbildes. Als „Architekturbüro der Stadt Wien“ umfasst ihr Aufgabenbereich ein weites Spektrum. Die funktionelle Schwerpunktsetzung spiegelt sich in der organisatorischen Referatsgliederung wider:

- Gestaltung öffentlicher Raum
- Generelle Grundlagenplanung
- Städtischer Nutzbau
- Architektonische Begutachtung

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden im Zusammenhang mit anderen Geschäftsgruppen, Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei. Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) mit Planungsleistungen



Foto: Votava / PID

Der Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr Dipl.-Ing. Rudolf Schicker und Univ.-Prof. Dr. Irena Lipowicz bei der Eröffnung der Fotoausstellung „Rathäuser in Polen“ in der Wiener Planungswerkstatt.

sind Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen verbunden. Bei der Auswahl der Planer sind das Wiener Landesvergabegesetz bzw. die Vergaberichtlinien der Stadt Wien zu befolgen.

## Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“

Im Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“ stehen jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die gestalterische und funktionelle Verbesserung des Wohnumfelds zum Inhalt haben.

### Oberflächenplanungen

Für Projekte im Rahmen der U-Bahnplanung, wie z. B. die U1-Nord und U2-Nord (laut Architektenwettbewerb), wurden größere Oberflächenplanungen weiterbearbeitet, wobei es sich einerseits um Architektenbeauftragungen handelt, andererseits um Eigenplanungen der MA 19.

Mitgearbeitet hat die Abteilung in den Arbeitskreisen 1., Kunstplatz-Karlsplatz, 1., Donaukanalbereich - Innere Stadt, 2., Praterstraße, Wienflussbereich sowie in der Fachkommission Verkehr - Straßenraumgestaltung. Für den Bereich 7., Neubaugasse wurde eine Ideenfindung durchgeführt. Im Rahmen des Konzepts „Attraktivierung des öffentlichen Raumes - 50 Orte-Programm“ wurde ein Grundsatzkonzept für ein Netzwerk von Plätzen, Orten und Wegen als bezirksübergreifende Maßnahme für alle 23 Bezirke erarbeitet, um die stadtgestalterische Qualität im öffentlichen Raum zu verbessern. Aufbauend auf die Inhalte und Erfahrungen dieses Programms soll in den nächsten 5 Jahren eine Anzahl von Projekten umgesetzt werden.

### Möblierung des öffentlichen Raumes

Im Berichtsjahr 2001 war die Überarbeitung der gesamten Stadtmöblierung ein ganz wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit des Referats. Folgende neue Möblierungselemente wurden bearbeitet:

- Weiterbearbeitung eines Aufstellungssystems für Altstoffcontainer (gemeinsam mit der MA 48) im Sinne einer stadtgestalterischen Ordnung
- Überarbeitung der Rechnergesteuerten Betriebsleitsystem-Anzeigen gemeinsam mit den Wiener Linien (Prototyp)
- Weiterentwicklung einer neuen Werbesäule mit Internetanschluss und Festlegung geeigneter Aufstellungsorte
- Entwicklung eines neuen innerstädtischen Blumentroges.

### Diverse andere Gestaltungsaufgaben

Gestalterische Begleitbearbeitungen bzw. Begutachtungen von Straßenprojekten der MA 28, Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahnplanungen und Bearbeitung von diesbezüglichen gestalterischen Aufgaben bzw. projektbezogenen Bürgerdiskussionen. Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.

### Begutachtung von Ansuchen im öffentlichen Raum

Im Jahr 2001 wurden rund 950 Ansuchen zu folgenden Themengebieten behandelt:

Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitrinen, Postkasten, Litfasssäulen, City-Light Wartehallen, usw. Die Studie über Schanigärten und deren Möblierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer wurde überarbeitet und in der Praxis laufend umgesetzt.

### Referat „Generelle Grundlagenplanung“

Das Referat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Themenstellungen, überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen, koordiniert oder begleitet gegebenenfalls deren Entwicklung und vermittelt stadtplanerische und gestalterische Inhalte im Zusammenhang mit Vorträgen bzw. Ausstellungspräsentationen im In- und Ausland.

### Generelle Konzeptionen

**Hochhauskonzept** - In Zusammenarbeit mit der MA 18, 21 und 41 wurde mit der Ausarbeitung eines Hochhauskonzepts für Wien begonnen. In direktem Zusammenhang dazu wurden historische sowie stadtbildprägende Sichtachsen bezirksweise erfasst und planlich dargestellt. Im Jahr 2002 sollen die entsprechenden Ergebnisse zusammengefasst werden. Zur Abklärung spezifischer Fragestellungen zum Hochhauskonzept wurden zwei Workshops mit externen Fachleuten abgehalten. Ein abschließender Workshop soll im Jahr 2002 stattfinden.

**Schutzzonenmodell für Wien** - Zur EDV-mäßigen Erfassung der schützenswerten Bausubstanz von Wien wurde 1997 mit der MA 14 eine Datenbank entwickelt, welche via Intranet den relevanten Dienststellen als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung steht. An Hand dieser „Kulturgüterdatenbank“ werden die Schutzzonenbereiche neu analysiert und gegebenenfalls neu strukturiert, im Detail wird eine nachvollziehbare Entscheidungsgrundlage für den Planungs- und Genehmigungsverfahrenfall angeboten. Es können Pläne wie die Stadtkarte, Kataster, Bebauungsplan und Luftbild sowie Fotos und Datenbankdaten der inventarisierten Objekte dargestellt werden. Im Jahr 2001 wurden weitere Felderhebungen (Abschluss 1. Bezirk und Aufnahmebeginn 21. Bezirk) eingespeist. Seit Herbst 2000 sind Teile davon auch im Internet abrufbar (<http://service.magwien.gv.at/kulturkat/>).

### Koordinierung von Planungsabläufen

Unter Federführung der MA 19 (Projektteam Donaucity) wurde weiterhin die städtebauliche und stadtgestalterische Entwicklung in der Donaucity behandelt. Neben diversen Einzelthemen (öffentlicher Raum, Projektdetailentwicklung) wurde vor allem an Strategien für die Weiterentwicklung des Kulturbereichs sowie an der Masterplanfertigstellung gearbeitet.

Zum Thema „städtebauliche Entwicklung des Westbahnhofbereichs“ wurden in einer Arbeitsgruppe der

Stadt Wien-(unter Federführung der MA 19) mit den ÖBB begonnen, die verkehrs- und finanztechnischen, städtebaulichen und platzrelevanten Fragestellungen für die Vorbereitung und Durchführung eines EU-weiten städtebaulichen Wettbewerbs abzuklären. Der Wettbewerb dazu soll im Jahr 2002 durchgeführt werden.

#### Erstellung von Studien

In der Studie „Kleingärten - gekuppelte Bauweise“ wurden Grundlagen für mögliche Änderungen des Kleingartengesetzes aufbereitet. Um künftig mögliche Flächen für Windkraftanlagen ausweisen zu können, wurde eine „Windkraft-Studie“ erstellt.

Mitarbeit bei Projektentwicklung und Arbeitskreisen Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Mitwirkung bei gestalterischen Projekten und die Teilnahme an projektentwickelnden Arbeitskreisen anderer Fachdienststellen. Bei der Planung und Errichtung von Ingenieurbauwerken (Brückenbauten, Straßenprojekten, Lärmschutzbauten, energietechnischen Bauwerken etc.) ist die MA 19 zur Behandlung architektonischer und stadtgestalterischer Fragen eingebunden. Die Aufgabe bei der Mitwirkung in Arbeitskreisen, Beiräten und Ausschüssen ist die Einbringung und Vertretung von stadtgestalterischen Aspekten und die Beantwortung fachspezifischer Fragestellungen.

#### Öffentlichkeitsarbeit

Für die in Rotterdam stattgefundene Biennale der Städte und Stadtplaner in Europa wurde die Thematik „Neues Bauen in historischer Bausubstanz“ am Beispiel der Gasometer in Simmering als Ausstellung aufbereitet.

#### Referat „Städtischer Nutzbau“

In diesem Referat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaus zusammengefasst. Die eintreffenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, größtenteils jedoch durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt, wobei es dem Referat beginnend mit der Grundlagenbeschaffung obliegt, den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren. Zur Auswahl der Planer sind fallweise EU-weit ausgeschriebene Vergabeverfahren wie Wettbewerbe und Verhandlungsverfahren, oder Gutachterverfahren durchzuführen. Die Tätigkeit umfasst die Ausarbeitung der Ausschreibungsunterlagen, die Vorprüfung und Schriftführung, sowie die Durchführung von Ausstellungen und Präsentationen.

Im Rahmen der Eigenplanungen werden Projekte von der Ausarbeitung von Planstudien bis hin zur Detailplanung und künstlerischen Oberleitung während der Bauausführung bearbeitet. Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraranprüche bis zur Schlussrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfs den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

#### Schulbau

Mit Abschluss des „Schulbauprogramms 2000“ in dem seit 1991 zur Deckung des Schulraumbedarfs im Wiener Pflichtschulbereich ca. 100 Schulen neu gebaut oder erweitert wurden stehen nun vermehrt finanzielle Mittel für Generalsanierungen der bestehenden Schulen zur Verfügung, wobei gleichzeitig mit der Instandsetzung der Schulgebäude funktionelle Verbesserungen der vorhandenen Bausubstanz vorgenommen werden müssen. Unter anderem wurden im Jahr 2001 Planungen für die Generalsanierung der Schulen 6., Corneliusgasse, 10., Florian-Hedorfer-Straße, 21., Ostmarkgasse sowie 22., Plankenmaisstraße, erstellt. EU-weite Architektenwettbewerbe wurden für den Schulneubau 10., Katharinengasse durchgeführt und für die Schule 10., Wienerberg City ausgeschrieben.

#### Kindergärten und Heime

Der Arbeitsbereich des Referats Kindergärten und Heime umfasst alle im Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie liegenden Bauvorhaben, das sind Neubau und Instandsetzung aller städtischen Kindertagesheime, Wohngemeinschaften, Krisenwohngemeinschaften, Kinderheime und Kindererholungsheime, Jugendämter und andere Beratungsstellen der MA 11. Die Kindertagesheime 2., Venediger Au, 11., Lorystraße und der Betriebskindergarten 1., Rathausstraße wurden fertig gestellt. Einen umfangreichen Aufgabenbereich bildeten weiterhin die Sanierungen bestehender Gebäude. Anzuführen sind hier die Generalinstandsetzungen der Kindertagesheime in 12., Haebergasse und 20., Vorgartenstraße. Die beiden mehrstöckigen Häuser erforderten aufgrund der bestehenden Bausubstanz eine intensive planerische Auseinandersetzung, um die Funktionen und aktuellen Standards optimal zu integrieren.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die im Zuge der Umstrukturierungsmaßnahmen der MA 11A einzurichtenden regionalen Stützpunkte. Ein erster Prototyp wurde im Amtshaus des Amtes für Jugend und Familie 3., Rüdengasse/Hagenmüllergasse eingeplant.

Im Bereich der Neubautätigkeit ist die Errichtung eines fünfgruppigen Kindertagesheims in 22., Bernoullistraße erwähnenswert. Eine künstlerische Ausgestaltung im Innenbereich soll in diesem Gebäude ein unverwechselbares Ambiente schaffen. Auch hier wird im Zuge des Neubaus ein Regionsstützpunkt miterrichtet.

Amtshäuser, Bäder, Sportbauten, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse andere (Betriebs-)Gebäude

Im Jahr 2000 wurde die Planung von Wiens erstem „Front Office“ im Amtshaus 15., Gasgasse erstellt. Diese Einrichtung stellt eine besonders kundenfreundliche Servicestelle für Bürger dar, in welcher das magistratische Bezirksamt und der Bürgerdienst vereint sind. Die Eröffnung fand im Frühjahr 2001 statt. Mit der Planung einer weiteren Servicestelle, der „Informationsstelle Ottakring“ wurde bereits

begonnen. Der Baubeginn ist für Frühjahr 2002, die Eröffnung für Herbst 2002 vorgesehen.

Mit der Planung des Tiefspeichers für die MA 9 in einem Hof des Rathauses und dem Ausbau des Dachgeschoßes des „Bartensteinblocks“ wurde begonnen, der Baubeginn soll 2002 erfolgen.

Soziale Stützpunkte der MA 12 gingen zum Teil in Planung, zum Teil in Bau. Das „HOM“ (Heim obdachloser Menschen) in 21., Siemensstrasse 109 erreichte die Dachgleiche, die neu errichtete Gärtnerunterkunft in 21., Pastorstraße wurde ihren Nutzern übergeben. Die Planung einer weiteren Unterkunft in 11., Bleriotweg wurde begonnen, die Fertigstellung ist für 2002 geplant.

Die Generalsanierung der Urania erreichte die letzte Phase, die Überdachung des Hofes des Museums der Stadt Wien am Karlsplatz wurde fertig gestellt und die Hauptbibliothek wird voraussichtlich September 2002 ihren Nutzern übergeben.

Es wurden 2 geladene Wettbewerbe durchgeführt:

- Österreichisches Gartenbaumuseum, Neugestaltung eines bestehenden Objektes in 22., Siebeckstrasse 14
- Neubau des Stützpunkts der MA 48 in 11., Alberner Hafenzufahrtstraße 210.

Der EU-weite Wettbewerb Zubau Amtshaus Dresdnerstraße, der geladene Wettbewerb Rettungstation Hernals und der offene Wettbewerb Rathaus, Neugestaltung des Arkadenhofes wurden vorbereitet.

#### Krankenanstalten und Pflegeheime

Die Entwicklung der Wiener Krankenanstalten und Pflegeheime war im letzten Jahr vor allem durch die Standortverlegung des neurologischen Krankenhauses Maria-Theresien-Schlüssel gekennzeichnet. Auf dem Gebiet der Altenbetreuung wird durch die Neuerrichtung der beiden Geriatriezentren Nord und Süd eine wesentliche Leistungserweiterung erreicht. Der Schwerpunkt der Planungstätigkeiten der MA 19 für den Wiener Krankenanstaltenverbund lag im Jahr 2001 im Bereich Umbauten und Standardverbesserungen bestehender Gebäude. Die Durchführung von Wettbewerben und die Vergabe von Planungsaufträgen liegt im eigenen Wirkungsbereich des Wiener Krankenanstaltenverbundes, eine Beratung der einzelnen Anstalten durch die MA 19 in städtebaulichen und architektonischen Belangen findet laufend statt.

#### Referat „architektonische Begutachtung“

Der Aufgabenbereich dieses Referats liegt in der Begutachtung von Bauansuchen aus architektonisch-stadtgestalterischer Sicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet. Die Tätigkeit stellt eine direkte projektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen, Antennenanlagen und Fensterauswechslungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluss genommen, so dass die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beein-

trächtigung des Stadtbilds bewirken (§ 85 der Bauordnung (BO) für Wien). Zur Festlegung von Standorten im Bereich Werbung wurde eine Studie „Billboards in Wien“ in Zusammenarbeit mit Architekt Dungl erstellt. Im Rahmen einer umfassenden Projektarbeit (Ende April 2002) sollen Richtlinien zur Beurteilung von großflächigen Werbeträgern gefunden werden. Aufgrund der Entwicklungen auf dem Telekommunikationssektor und die Intensivierung der Betreuung nahm der Aufwand der Begutachtung von Sendemastanlagen im Berichtsjahr 2001 exorbitant zu.

Von den Referenten dieses Referats wurden im Berichtsjahr 2001 ca. 9.000 Ansuchen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet. Dies umfasst Bauansuchen aller Art, Werbeanlagen, Antennenanlagen sowie die Bewilligung von Fensterauswechslungen. Für Fensteränderungen wurden in Vertretung der Baubehörde etwa 550 vereinfachte Bewilligungsverfahren durchgeführt.

#### Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West (MA 21A)

Das Kerngeschäft der MA 21A ist die Neufassung der im Jahre 1996 aufgehobenen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die bis 2006 aus rechtlichen Gründen erfolgen muss. Parallel dazu wurden Aufgaben sowohl aus der übergeordneten Stadtteilebene als auch auf der städtebaulichen Projektsebene bewältigt. In das Gebiet der Sachkonzepte und Sachplanungen fällt die Erarbeitung eines „Wiener Hochhauskonzeptes“, das auf geänderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen, erhöhte Büronachfrage und den Wunsch nach „Wohnen im Hochhaus“ Bedacht nehmen soll und in dem ein gesamtstädtisches verbindliches Leitbild definiert werden wird. Ziel der Abteilung war auch die weitere Verbesserung der Dienstleistungen an den Bürgern.

#### Sachkonzepte

##### „Wiener Hochhauskonzept“

Angesichts der steigenden Zahl an Hochhausprojekten in Wien und dem internationalen Trend zu Hochhäusern ist es das Ziel der Stadtplanung, Standards und klare Planungsrichtlinien für Hochhausprojekte zu formulieren und mit Verbindlichkeit auszustatten. Es handelt sich dabei um stadtstrukturell wirksame Vorgaben für die Standortbewertung, um die Regelung der Inhalte und Abläufe der Planungs- und Meinungsbildungsprozesse sowie um städtebaulich-architektonische Aspekte. Im Herbst 2001 wurde der Entwurf zum Wiener Hochhauskonzept in eine öffentliche, fachliche und politische Diskussion gebracht, eine Beschlussfassung ist für April 2002 vorgesehen. Als Vorarbeit und thematische Grundlage für das Wiener Hochhauskonzept wurde der Werkstattbericht „Internationale Stadtplanungs- und Hochhauskonzepte“ zusammengestellt und im Internet präsentiert.

#### Innerstädtische Entwicklungsgebiete

**Messe - Praterstern - Wehlistraße:** Durch den geplanten Bau der U2 wird es in großen Teilen des 2.

Bezirks zu Umstrukturierungs- bzw. Erneuerungsprozessen kommen, die zum Teil schon eingeleitet sind. So wurde für die derzeit in Umsetzung befindliche Messe Neu die Struktur sowie die verkehrliche Erschließung fixiert. In einer groß angelegten Betrachtung, die neben dem Messebereich auch die Potentiale weiterer umzustrukturierender Bereiche beinhaltet, wie z. B. der Bereich um die zukünftige Station Wehlistraße, wurden die verkehrlichen Wirkungen und notwendigen Maßnahmen analysiert. Darüber hinaus wurden für den Bereich Wehlistraße die Ausschreibungsgrundlagen für diverse Gutachterverfahren finalisiert und für den Bereich Praterstern gemeinsam mit der ÖBB ein Verfahren zur Neugestaltung des Bahnhofs samt Umfeld gestartet.

Der **Nordbahnhof** im 2. Bezirk gilt als bedeutende innerstädtische Entwicklungszone. Die im Jahr 2001 mit der ÖBB verhandelte Grundsatzvereinbarung bezüglich der Parkfläche und des Schulbauplatzes erlaubte es nun, die weiteren Planungsschritte für die zweite Entwicklungsphase einzuleiten. Ziel dieser Planungsschritte sollte die Erreichung der Grundlagen für die Erstellung von Bebauungsplänen sein. Dafür sind ab 2002 ein Wettbewerb für sechs Blöcke in der zweiten Blockreihe parallel zur Lassestraße und ein Bürgerbeteiligungsverfahren samt Wettbewerb für die Fläche des Leopoldparks vorgesehen.

Im 2. Bezirk wurde für das **Czerninviertel** ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan festgesetzt, der für den städtebaulich sensiblen Bereich gegenüber dem Ensemble Urania-Wienflusseinmündung an der Bauungskante zum Donaukanal das Ergebnis eines Gutachterverfahrens für die Errichtung der Konzernzentrale für ein bedeutendes Versicherungsunternehmen berücksichtigt.

Für das Areal des **Schlachthofs St. Marx** im 3. Bezirk wurden mit der Festsetzung von Bebauungsbestimmungen die baurechtlichen Grundlagen nicht nur für die zukünftige Entwicklung des Gesamtareals dieses höchstrangigen Betriebsstandorts sondern auch für das Headquarter von Max Mobil beschlossen.

In Abwicklung eines städtebaulichen Konkurrenzverfahrens wurden zur Erlangung eines städtebaulichen Leitbilds für den Bereich des **Arsenals** im 3. Bezirk und für den Bereich **Muthgasse** im 19. Bezirk mehrere Hearings mit den beauftragten Planern durchgeführt, sowie eine Informationsveranstaltung für die anrainende Wohnbevölkerung abgehalten.

Im 4. Bezirk wurden für die Abstimmung der Erweiterung des **Technischen Universitätsviertels** mit den umliegenden Bauplätzen die widmungsrelevanten Grundlagen geschaffen.

Für den Stadtteil **Aspangbahnhof - St. Marx - Erdberger Mais** wurde vom Austrian Research Center Seibersdorf eine Strategie zur Nutzungsverteilung und daraus folgend ein Projektbewertungsverfahren entwickelt. Für eine Ausstellung zum Erdberger Mais wurden die fachlichen Vorbereitungen vorgenommen.

Anschließend daran erfolgte für die Stadtentwicklungszone **Neu Erdberg-Simmering** die Fertigstellung des Strategieplans für den „Erdberger Mais“. Vorliegende Planungen wurden für die Einreichung zum European City Award aufbereitet.

Zu den **Aspanggründen** wurde der Entwurf eines Strukturplans erarbeitet, dem eine begleitende Verkehrsplanung zu Grunde liegt.

Der projektierte **Gewerbehof Grundsteingasse** Ecke Lerchenfelder Gürtel im 16. Bezirk weist eine Bruttogeschosfläche von 43.000 m<sup>2</sup> und eine dreigeschossige Tiefgarage mit 86 Stellplätzen auf. Geplant ist überwiegend Büro- bzw. Gewerbenutzung.

Im Stadtentwicklungsgebiet **Heigerleinstraße** wurden aufbauend auf ein Bezirksteilkonzept verschiedene Projekte (Wohnbau, Pflegeheim, Straßenausbau Heigerleinstraße) im Hinblick auf die städtebaulichen Zielsetzungen in diesem Bereich überprüft.

Der Bereich des ehemaligen Betriebsbaugebiets im 19. Bezirk an der Heiligenstädter Straße zwischen dem stillgelegten Heiligenstädter Ast, der ehemaligen Stadtbahnlinie und der U-Bahnlinie U6 soll einer höherwertigen Nutzung zugeführt werden. Für den gegenständlichen Bereich, das **Gürteldreieck**, wurde ein architektonisches Konkurrenzverfahren durchgeführt.

Für die vorgesehene Nutzungsänderung der **ehemaligen Kinderklinik Glanzing** im 19. Bezirk wurden die widmungsrelevanten Grundlagen geschaffen.

#### Radverkehrsanlagen

Im Klimaschutzprogramm der Stadt Wien, das auf dem internationalen Klimabündnis beruht, wurde, um das Ziel zu erreichen die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2010 zu halbieren, auch die Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf umweltfreundlichere Verkehrsarten (öffentlicher Verkehr, Radfahren) angestrebt. In dem großflächigen Gebiet von Breitensee im 14. Bezirk, das an der Waidhausstraße und Linzerstraße liegt, wurden u. a. Vorkehrungen für den Ausbau der Radroute West getroffen. Für den 19. Bezirk wurde ein Radwegkonzept für zwei Routen erstellt, die den Bezirksradverkehr an den Donaukanalradweg - Europaradweg anbinden. Begleitende Maßnahmen für den Radverkehr für die Schulstandorte des 19. Bezirks wurden mitkonzipiert.

#### Bezirksplanungen

Die in den vorangegangenen Jahren diskutierten und beschlossenen Leitlinien für die Bezirksentwicklung im 15. und 16. Bezirk wurden fertig gestellt und in Form von Broschüren publiziert.

#### Garagenprojekte

Den Ausbauabsichten der Wiener Stadthalle im 15. Bezirk sowie den notwendigen Festsetzungen zur Errichtung einer **Tiefgarage unter dem Märzpark** wurde durch Herbeiführung des Gemeinderats-

# Stadtentwicklung und Verkehr

beschlusses über den Flächenwidmungs- und Bauungsplan Rechnung getragen. Planungen für eine zweite **Volksgarage** im 16. Bezirk am Ludo-Hartmann-Platz bzw. am Parhamerplatz im 17. Bezirk wurden initiiert. Im Zuge der Garage Schubertpark im 18. Bezirk wurde eine öffentliche Interessenssuche abgeschlossen.

## Einkaufsstraßen

Die **Taborstraße** ist die größte Einkaufsstraße des zweiten Wiener Gemeindebezirks. Da sie für den Bezirk von Bedeutung ist, sollte überlegt werden, ob gezielte Maßnahmen den Bedeutungsverlust der Taborstraße verhindern könnten. Bedingt durch die Verlängerung der U-Bahnlinie U2 nach Stadlau/Aspern mit einer Station Taborstraße im Bereich Blumauergasse sind strukturelle und verkehrliche Verbesserungen zu erwarten. In einer Verkehrsuntersuchung wurde die Machbarkeit einer Fußgängerzone inklusive Bestandsaufnahme und Veränderung der Verkehrsströme dargestellt.

Zur Stärkung des Standorts der im 6. und 7. Bezirk gelegenen **Mariahilfer Straße** als Einkaufsstraße wurde entsprechend ihrer Bedeutung in der Stadtwirtschaft das Verfahren zur Ausweisung einer Geschäftsstraße eingeleitet.

## Neue Qualität der Bürgerbeteiligung

Für den Kernbereich von Hütteldorf im 14. Bezirk wurde durch ein zukunftsorientiertes Bürgerbeteiligungsmodell mit interessierten BürgerInnen aus dem Planungsgebiet, mit Fachleuten, betroffenen Geschäftsleuten, Vertretern der Bezirkspolitik und der Stadtverwaltung das **Bezirksteilverkehrskonzept Hütteldorf** entwickelt. Es liegt nun ein gemeinsam erarbeiteter Endbericht vor, in dem Schlüsselprojekte zur weiteren Konkretisierung und Umsetzung empfohlen wurden. Hier wurden die BürgerInnen nicht nur über Vorhaben informiert, sondern aktiv in den Entscheidungsprozess einbezogen und dadurch eine gemeinsame Willensbildung ermöglicht. Zur allgemeinen Information der Bevölkerung wurde eine Kurzfassung des Verfahrens und der Ergebnisse in Form eines Folders erarbeitet.

Für die in Diskussion stehende **P&R-Anlage Hütteldorf** wurde im Zuge des Bürgerbeteiligungsverfahrens eine direkte Zu- und Abfahrtsituation zur B 1 erarbeitet, wodurch die Umweltbelastung der Anrainer möglichst minimiert werden sollte.

Für die **Lokale Agenda 21 Alsergrund** haben aktive BürgerInnen, unterstützt durch das Agenda-Büro, Bezirkspolitik und Verwaltung, im Jahr 2001 eine





Vielzahl von Projekten (Poliklinik-Park, Thurnstiege, Innenhofbegrünungen) erarbeitet und in den zuständigen Agendagremien kooperativ weiterentwickelt.

### Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd (MA 21B)

Infolge der Änderung bzw. Neufassung des §1 der Bauordnung für Wien, die durch eine Verfassungsgerichtshofbeschwerde ausgelöst wurde und die Überarbeitung der gesamten Flächenwidmungs- und Bebauungspläne bis 1. September 2006 erfordert, ist die laufende Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne schwerpunktmäßig von diesem Thema geprägt.

Damit dieses Ziel erreicht wird, wurde vorerst (im Jahr 1998 durch Beauftragung eines Zivilingenieurbüros, nunmehr durch ein mit der MA 14 entwickeltes grafisches System, welches von den drei Stadtteilplanungsabteilungen MA 21A, B und C eingesetzt werden kann) die digitale Erstellung der Entwürfe zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen von Grundrissen und Rotdrucken bis zur Beschlussfassung durchgezogen.

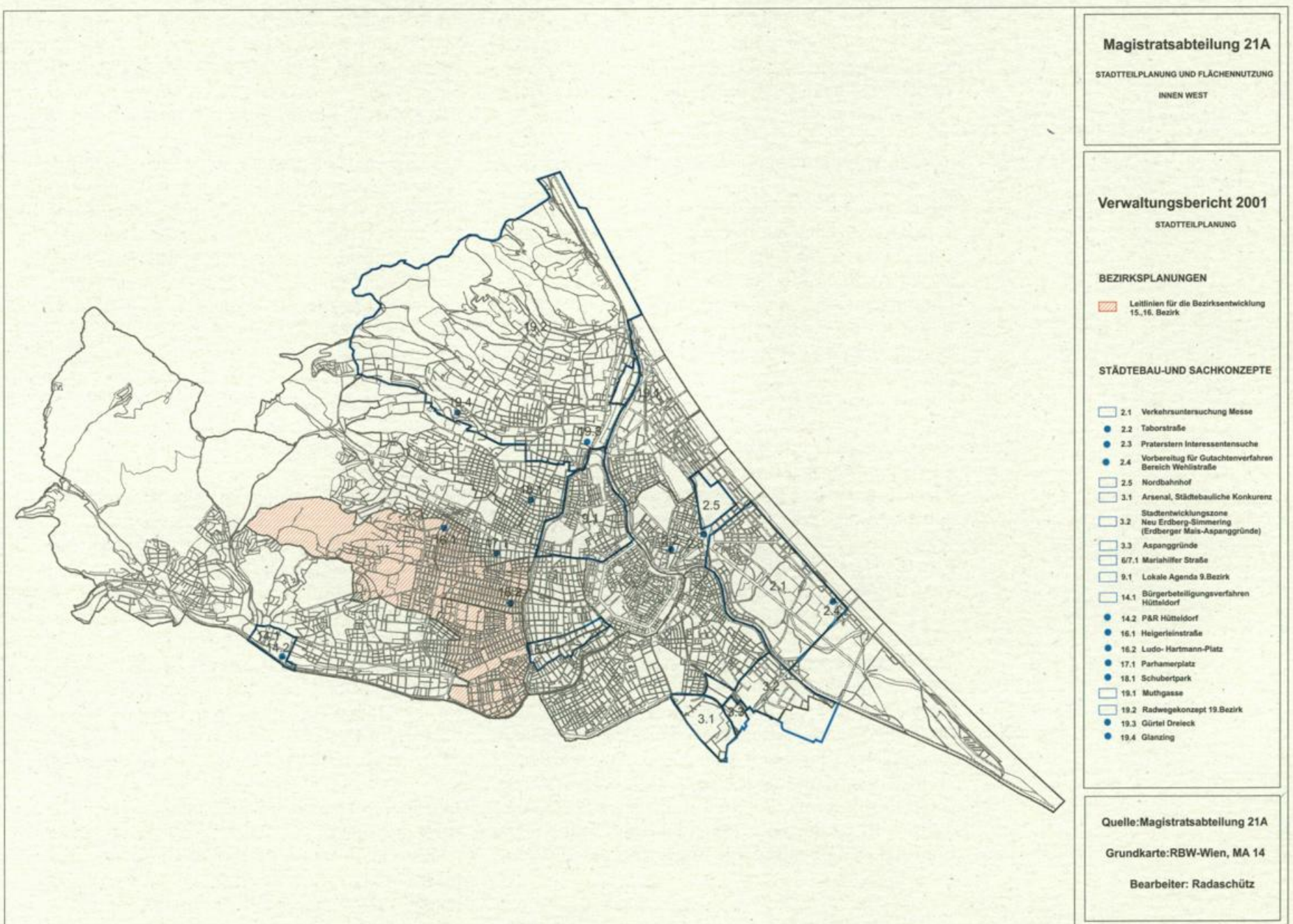
Im Jahr 2001 konnten damit bereits fast alle Beschlüsse in digitaler Form dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden, dies umso mehr,

als auch die beauftragten Bestandserhebungen und Entwürfe größtenteils in digitaler Form geliefert bzw. nachdigitalisiert wurden.

Es wurden im Berichtsjahr EUR 443.304,29 für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien, Verkehrs- und Grünraumstudien, für die Ausrichtung von Gutachterverfahren und die weiterführenden Planungen nach Abschluss des städtebaulichen Ideenwettbewerbs KDAG, die weiterführenden Planungen des Wettbewerbsverfahrens der Brauerei Liesing und für die Erstellung der erforderlichen Pläne und Modelle zur Präsentation von abgeschlossenen Planungen und Ergebnissen aufgewendet.

Von den Auftragnehmern wurden dabei **städtebauliche Bestandsaufnahmen** für folgende Gebiete erstellt:

- 10. Bezirk: in den Bereichen Otto-Probst-Straße, Eibesbrunnnergasse, Wienerberg Teich und Heuberggstätten
- 11. Bezirk: in den Bereichen Fabianistraße, Geiselbergstraße und Landwehrstraße
- 12. Bezirk: in den Bereichen zwischen Hoffingergasse und Zanaschkagasse und zwischen Hetzendorfer Straße und Südwestfriedhof
- 13. Bezirk: in den Bereichen zwischen Hermesstraße und Wittgensteinstraße sowie im Lainzer Vorfeld (Nord und Süd)



# Stadtentwicklung und Verkehr

- 23. Bezirk: in den Bereichen nördlich und westlich des Liesinger Bezirkszentrums, in Atzgersdorf zwischen Gerbergasse und Erlaaer Straße, an der Hoferstiege und in Inzersdorf für die Draschegründe.

Die folgenden Bebauungsstudien und städtebaulichen Bearbeitungen wurden durchgeführt:

- Im 10. Bezirk wurde im Bereich des Kurzentrums Oberlaa die Erarbeitung eines Masterplans beauftragt, um Entwicklungs- und Bebauungspotentiale abschätzen zu können. Insbesondere war dabei die Möglichkeit der Errichtung eines Hochhauses zu überprüfen.
- Im 11. Bezirk wurde das städtebauliche Gesamtkonzept (Masterplan) „mehrwert Simmering“ für das südliche Gasometervorfeld im Rahmen einer Machbarkeitsstudie vertieft und hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Umsetzung überprüft. Gleichzeitig wurden die Ergebnisse dieser Studie für die Neufestsetzung von Bebauungsbestimmungen vorbereitet.
- Im 23. Bezirk wurde eine Strukturuntersuchung für den aufgelassenen Betriebsstandort der ehemaligen Zementfabrik Lafarge Perlmooser in Kaltenleutgeben beauftragt.

Bezüglich des **Grünraums** wurde in der Strukturuntersuchung für den aufgelassenen Betriebsstandort der ehemaligen Zementfabrik in Kaltenleutgeben ein naturräumlicher Schwerpunkt gesetzt und Beratungen zur Grünplanung betreffend das städtebauliche Gutachterverfahren Brauerei Liesing abgeschlossen.

An **Verkehrsplanungen** wurden 2001 ein partielles Radwegkonzept für den 23. Bezirk erstellt, ergänzende Verkehrsuntersuchungen zum städtebaulichen Verfahren „Schönbrunn“ sowie zum städtebaulichen Leitprojekt „Stadt 2000 - KDAG“ vergeben und eine Machbarkeitsstudie betreffend Liesinger Platz, Anbindung an den Liesingbachradweg, beauftragt. Im Rahmen anderer Studien wurden zusätzliche Verkehrsgutachten (mehrwert Simmering, Kaltenleutgeben) vergeben.

Die **Kinder- und Jugendpläne** für Meidling und Hietzing, die bezüglich ihrer Datensammlung bereits im Vorjahr abgeschlossen waren, konnten 2001 gedruckt werden und den Bezirken zur Verteilung übergeben werden. Mit der Übertragung der Daten in wien-online stehen somit die kinder- und jugendspezifischen Pläne und Informationen für nunmehr vier Wiener Bezirke im Netz.

Für den östlichen Bereich der Filmteichstraße im 10. Bezirk wurden die Bebauungsstudien im Rahmen eines geladenen **Wettbewerbsverfahrens** ausgearbeitet. Für die Vorprüfung, die Beurteilungssitzung und die Dokumentation des Verfahrens wurde ein Planungsbüro beauftragt. Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre zusammengefasst und auch im Internet publiziert. Die darauf abgestimmten Festsetzungen im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan hat der Gemeinderat im September 2001 beschlossen.

Für die **Nachnutzung** des ehemaligen Geländes der

Kabel- und Drahtwerke (KDAG) wurde bereits in den vergangenen Jahren ein städtebaulicher Ideenwettbewerb mit Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt und ein Leitprojekt erarbeitet. Das Verfahren zur Beschlussfassung eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für das gegenständliche Gebiet wurde nunmehr eingeleitet. Gleichzeitig wurde gemeinsam mit den zukünftigen Bauträgern ein Konzept für ein zukünftiges Gebietsmanagement, das die Bearbeitung all jener gemeinsamen Aufgaben und Qualitätsziele, die nicht im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan regelbar sind, zur Aufgabe hat.

Im Jänner 2001 wurde ein in Kooperation mit der Firma BBAG durchgeführtes **städtebauliches Gutachterverfahren** für das Areal der ehemaligen Brauerei Liesing abgeschlossen. Ein Architektenteam wurde mit der Überarbeitung des Siegerprojekts entsprechend den Empfehlungen der Jury beauftragt. Ziel ist die Neufestsetzung eines entsprechenden Flächenwidmungsplans, da für das Gelände eine Bausperre verhängt ist, die im Mai 2002 ausläuft. Regelmäßige Koordinationssitzungen mit Architekten, Grundeigentümern, Projektentwicklern und der MA 21B sollen zu einer optimalen Zielerreichung beitragen.

Für den aufgelassenen Produktionsstandort der Firma Lafarge im Kaltenleutgebener Tal wurde eine **Strukturuntersuchung** zwecks Abschätzung des Potenzials hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Erreichbarkeit und Naturraum dieses als Industriegebiet gewidmeten Standorts beauftragt. Im Rahmen dieses Auftrags wurden seitens des Auftragnehmers umfangreiche Gespräche mit betroffenen und befassten Institutionen sowie Planungsdienststellen, dem Bezirksvorsteher für den 23. Bezirk und den Bürgermeister der umliegenden Gemeinden geführt. Nach einer geplanten Präsentation beim Stadtrat mit Anregungen für die weitere Vorgangsweise soll die Studie den Fachdienststellen vorgestellt und mit diesen diskutiert werden.

Darüber hinaus wurde ein Video zur Veranschaulichung des Planungsprozesses bzw. als Diskussionsgrundlage für die Vertiefung der Bebauungsstudie in der Wiesen beauftragt.

Von der MA 21B wurden im Jahr 2001 insgesamt 31 **Anträge an den Gemeinderat** gestellt. 27 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans. Um städtebauliche Zielsetzungen nicht zu gefährden, wurden vier Anträge an den Gemeinderat wegen Verlängerung einer Bausperre gemäß §8 (2) der Bauordnung (BO) für Wien für bestimmte, meist betrieblich genutzte Bezirksteile im 11., 12. und 23. Bezirk gestellt. Die erforderlichen Plankopien und Plandrucke wurden dabei vom Dezernat Reprografie erstellt, das diese Arbeiten auch für die MA 21A und C durchführte.

Einzelne Antragsentwürfe - insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten - wurden im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder in der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der MA

21B der Bevölkerung vorgestellt. Eingebrachte Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern wurden in vielen Fällen, nach Abstimmung mit allen wesentlichen Entscheidungsträgern, in den Entwurf des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans eingearbeitet.

Die Schwerpunkte der Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne lagen dabei

- im 10. Bezirk in den Bereichen südlich der Donauländebahn; neben Beschlüssen in den Ortsteilen Unterlaa und Rothneusiedl wurde der gesamte Bereich des Ortskerns Oberlaa neu festgesetzt, wobei zur Erhaltung des örtlichen Stadtbilds auch eine Schutzzone ausgewiesen wurde
- im 11. Bezirk im Bereich Schemmelstraße/Mylius-Bluntschli-Straße, wo ein teilweise bestehendes Bausperrgebiet gemäß § 8 (1) der BO für Wien und der in Angriff genommene Streckenausbau der S 7 eine Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans erforderten
- im 12. Bezirk in den Bereichen um die Kriechbaumgasse, dem Meidlinger Friedhof, dem George-Washington-Hof und dem Flohberg
- im 13. Bezirk im Bereich des Orthopädischen Spitals und des Gehörloseninstituts, des Napoleonwaldes und der Feldkellergasse
- im 23. Bezirk in den Bereichen Paketzentrum der Post und Islamischer Friedhof in Inzersdorf, Ortskern von Inzersdorf sowie Industriegebiet Liesing zwischen Seybelgasse und Lemböckgasse.

Die unter der Leitung der MA 21B eingerichtete zentrale **Planauskunft** erfreute sich vermehrten Kundenverkehrs und stand Auskunftsuchenden unter dem Leitbild der Kundenorientierung Montag bis Freitag von 8.00 - 12.30 Uhr und Donnerstag 8.00 - 17.30 Uhr zur Verfügung. Während der Öffnungszeiten der Planauskunft wurden neben telefonischen Auskünften auch ca. 450 Anfragen auf elektronischem Weg bearbeitet.

Seitens der MA 21B wurden alle für die Tätigkeit des **Fachbeirats für Stadtplanung** erforderlichen Bürogeschäfte gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrats der Stadt Wien abgewickelt. Vom Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 8 Sitzungen 80 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 4 Abänderungen bzw. 72 Festsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans zum Ziel, hatten sowie 8 Projektvorlagen der MA 19, behandelt.

Von den drei Stadtteilplanungsabteilungen wurden insgesamt 81 **Anträge** ausgearbeitet und dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt. Diese Beschlüsse des Gemeinderats wurden in Form von Plandokumenten kundgemacht, seitens der MA 21B an die Magistratsdienststellen versendet, für den Verkauf vorbereitet und in der Planungsauskunft zum Verkauf aufgelegt. Von der MA 21B wurden alle Akten der beschlossenen **Plandokumente** archiviert und die Einschreiter, die im Rahmen der öffentlichen Auflage zu Planentwürfen aller drei Abteilungen Stellung genommen haben, verständigt. Insgesamt wurde im Jahr 2001 eine Fläche von 3.240 ha in den 81 Anträgen behandelt. Davon wurden 965 ha in 31 Anträgen von der MA 21B bearbeitet.

Im Jahr 2001 wurden 34.760 **Adressänderungen bzw. Zuordnungsänderungen** bei der Fortführung des Räumlichen Bezugssystems Wien (RBW) durchgeführt. Die große Anzahl dieser Adressänderungen ist primär auf die im Mai 2001 durchgeführte Volkszählung zurückzuführen. Ebenfalls im Hinblick auf die Volkszählung 2001 wurde auch die Blockstruktur, die zur Datenbereitung dieser Volkszählungsdaten herangezogen wird, im RBW aufbereitet. Die statistischen Einheiten des RBW, die als Grundlagensystem im Verwaltungsvollzug des Magistrats Anwendung finden, wurden auf der Großanlage und im Geografischen Informationssystem (GIS) in einem täglichen Änderungsdienst aktualisiert.

Die Verkäufe und Bestellungen der **digitalen Mehrzweckkarte** (auf Datenträger) wurden hauptsächlich für die Planungsdienststellen MA 21A, B und C durchgeführt.

Auf dem in der MA 21B installierten Anschluss zur **Grundstücksdatenbank** des Bundes wurden im abgelaufenen Jahr ca. 4.000 Einzelabfragen als Grundlagen für die Bebauungsplanbearbeitungen für ganz Wien durchgeführt. Durch den vermehrten Einsatz des von der MA 14 mit der MA 40 ausgearbeiteten Grundstücksinformationssystems (GRUGIS) sind die Einzelabfragen stark zurückgegangen.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur verfügbaren **Neubenennungen bzw. Umbenennungen** von Verkehrsflächen, Park- und Wohnhausanlagen konnten 34 Ansuchen einer amtlichen Benennung zugeführt werden. Die grafischen Unterlagen für die dazu erforderliche Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der MA 21B angefertigt.

Die Baupolizei hat der MA 21B 1.172 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt. Weiters wurden Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, geprüft und behandelt. Die Vertreter der Abteilung nahmen an einer Vielzahl von Verhandlungen als Amtssachverständige teil. Auf Grund des Wohnhausanierungsgesetzes wurden 739 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft.

Im Dezernat **Reprographie** der MA 21B wurde im Berichtsjahr 2001 in den Produktionsbereichen Mikروفilmstelle, Reprophotographie, Lichtpauserei, Großflächenkopie, Farbkopie, Adressieranlage, Endfertigung (Broschürenherstellung) und Druck Aufträge im Wert von mehr als EUR 850.000, in der Kopierstelle Aufträge im Wert von rund EUR 217.000 vornehmlich für den hoheitlichen Bereich des Magistrats abgewickelt. Dazu zählen vor allem der **Druck der Plandokumente** für die MA 21A, B und C sowie Aufträge aus den Bereichen der Gruppe Planung und der technischen Dienststellen des Magistrats. Auch im Bereich **Mikروفilmstelle** ist trotz des immer stärker werdenden Einsatzes der digitalen Technik eine hohe Auslastung zu verzeichnen. So werden in diesem Produktionsbereich Akten der MA 40, MA 62 und nicht zuletzt der Buchhaltungsabteilungen der MA 6 sowie der Zeitschriftenrundlauf

der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek der MA 18 und die Plakatsammlung der MA 9, sowie Pläne der MA 29, MA 41 und der MA 45 auf Mikrofilm archiviert, da das Medium Mikrofilm als einziges die Daten- und Rückgriffssicherheit auf viele Jahre (Schwarzweiß-Mikrofilm ca. 100 Jahre, Farbmikrofilm über 100 Jahre) gewährleistet.

## Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost (MA 21C)

### Arbeitsschwerpunkte

Die Kernaufgabe der Magistratsabteilung 21C besteht in der Ausarbeitung von Flächenwidmungsplänen und Bebauungsplänen für den Nordosten Wiens sowie in der inhaltlichen und formalen Abwicklung der Festsetzungsverfahren. Mit der Verordnung dieser Pläne wird die Grundlage für geeignete räumliche Bedingungen für neue oder sich ändernde gesellschaftliche Entwicklungen, Erfordernisse und Interessen geschaffen und zur Umsetzung konkreter räumlicher Ziele und Entwicklungsvorstellungen eine für jeden verbindliche Rechtsgrundlage erstellt.

Aufgrund der aktuellen Rechtssituation (Wiederherstellung der langfristigen Rechtskraft der Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne für Wien bis 2006) und anderer, sich laufend verändernder rechtlicher Rahmenbedingungen (Großbauvorhaben, Einkaufszentren, Umsetzung der EG-Seveso II Richtlinie betreffend gefahrgeneigter Betriebe, Übertragung der Bundesstraßen in die Länderkompetenz, SUP - Strategische Umweltprüfung etc.) kommt der Schaffung und Aufrechterhaltung einer funktionierenden raumordnungsrechtlichen Grundlage besonderer Stellenwert zu.

### Planungen in den Bezirken

#### 21. Bezirk

In den bebauten Siedlungsgebieten Floridsdorfs wurden die Verfahren der Neufestsetzung des Flächenwidmungsplans und Bebauungsplans für den Bereich Satzingerweg, Trillergasse, Pilzgasse, Anton-Bosch-Gasse und Fultonstraße abgeschlossen. In den Randgebieten um Stammersdorf (Heeresspital, Brünner Straße Nord) und Jedlersdorf (Sammelweiss), sowie an der Spöttlgasse und Kammelweg konnten die Planentwürfe ebenfalls einer Beschlussfassung zugeführt werden, bzw. stehen kurz davor. Für den historischen Ortskern von Leopoldau wurde der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan samt Wiederfestsetzung der **Schutzzone** beschlossen. Für die Ortskerne Jedlersdorf und Stammersdorf sowie für die „Ortskernreste“ von Jedlese wurden die Verfahren eingeleitet bzw. stehen vor dem Ende.

Im Zusammenhang mit **Verkehrsplanungen** stehen die Flächenwidmungspläne für die Bereiche Nordspange Seyringer Straße (Beschluss), sowie die **Bausperrverfahren** für die U6-Nord. Zur Neuanschließung eines großflächigen **Betriebsbaugebiets** wurde ein Widmungsverfahren im Bereich Paukerwerkstraße durchgeführt. In Fortsetzung des GutachterInnenverfahrens Brachmühle und auf Ba-

sis des „Städtebaulichen Leitprojekts Brachmühle“ (ArchitektInnen Gasparin & Meier) wurde das entsprechende Widmungsverfahren durchgeführt und der Beschlussfassung durch den Gemeinderat zugeführt. Als Schwerpunkt der **Grünflächenplanung** konnte das Verfahren für den gesamten Donauraum (die Bearbeitung der Donauinsel und der linksufrigen Dammbereiche) beendet werden.

An weiteren eingeleiteten Verfahren zur Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans sind der Bereich Carminweg, Adolf-Loos-Gasse, Koloniestraße und die Senderstraße zu erwähnen. Zur Grundlagenbeschaffung für in weiterer Folge beabsichtigte Widmungsverfahren wurde eine Reihe von **Bestandsaufnahmen** an externe Planungsbüros vergeben. So wurden Erhebungen für die Grüngebiete Bisamberg und Rendezvousberg, sowie für die Betriebsflächen OMV-Gelände, Allissen und Gaswerk Leopoldau und für den Florido Tower samt angrenzenden Wasserpark in Auftrag gegeben. Zur Standortsuche von für die „**Neue Siedlerbewegung**“ geeigneten Flächen wurde für den Bereich der alten Panzerkaserne südlich der Stammersdorfer Straße eine Studie beauftragt.

#### 22. Bezirk

Aufbauend auf dem Ergebnis des im Vorjahr durchgeführten GutachterInnenverfahrens wurde für den Bereich um die Station Stadlau der U2-Verlängerung ein städtebauliches Leitprojekt erstellt.

Im Bereich Breitenlee Nord wurde auf Grundlage des im Vorjahr zur Umsetzung des **Programms Durchgrüntes Wohnen** durchgeführten GutachterInnenverfahrens ein städtebauliches Leitprojekt erstellt, das entsprechende Widmungsverfahren durchgeführt und der Beschlussfassung durch den Gemeinderat zugeführt.

Für das **Waagner-Biró-Areal** war aufgrund neuer Entwicklungen eine Aktualisierung der Entwicklungsstudie 2000 erforderlich, in der das Umstrukturierungspotential und die verkehrlichen Rahmenbedingungen aufgezeigt und grundsätzliche Nutzungsvorschläge erarbeitet worden waren.

Für den Bereich **Zentrum Kagran** wurde das Bebauungspotenzial in Hinblick auf eine allfällige Verdichtung (Hochhausstandorte) und die entsprechenden verkehrlichen Voraussetzungen untersucht. Die Ergebnisse der Studie sollen als Grundlage für weitere Planungen oder GutachterInnenverfahren (vor allem im Bereich der nicht mehr benötigten U1-Trassenfreihaltung) dienen. In einer ergänzenden Studie wurden für den Teilbereich Schrödingerplatz Bebauungsvarianten mit einer Kombination von öffentlichen und privaten Nutzungen sowie mehrere Verkehrslösungen untersucht.

Die verschiedenen diskutierten Projekte und Vorhaben im **Raum Süßenbrunn** wurden im Rahmen eines Auftrags digital aufbereitet und zusammenführend dargestellt. Im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans im Bereich der geplanten Umfahrung Breitenlee wurden Vermessungsarbeiten und im Bereich

Rennbahnweg (U1 - Stationsumfeld Austerlitzgasse) sowie für den Kagraner Platz (Straßenbahnführung) jeweils Verkehrsuntersuchungen beauftragt.

Als Grundlage für die Festsetzung von Einkaufszentren wurden mehrere Projekte auf ihre **Raumverträglichkeit** geprüft (Kagraner Platz „Palais Fanto“, „Die Welle Kagran“, Wagramer Straße „Möbel Lutz“). Für den neuen Stadtteil **Donau-City** wurde zur Vorbereitung eines städtebaulichen GutachterInnenverfahrens eine **Kubaturerhebung** durchgeführt, die eine Grundlage für die Ausweisung von Bebauungsmöglichkeiten der freien Flächen darstellt.

**Zeitlich begrenzte Bausperren** wurden für den Bereich der U1-Verlängerung und der U2-Verlängerung sowie für das Waagner-Biró-Areal - jeweils im Zusammenhang mit noch zu klärenden Nutzungsabsichten bzw. mit der Anbindung an bedeutende Verkehrsadern - verhängt bzw. verlängert. Mehrere städtebauliche Bestandsaufnahmen mit **Problemanalysen** für Gebietsüberarbeitungen wurden beauftragt und betrafen die Gebiete SMZ-Ost, Mayeredergasse, Plattensteingasse, Grohmannstraße und Goldemundweg.

Die vom Gemeinderat **beschlossenen Planentwürfe** in Donaustadt umfassten die Bereiche Melangasse, das Franz-Josefs-Land, Neu-Süßenbrunn, mehrere Gebiete in Breitenlee (Spargelfeldstraße, Lackenjöchl-gasse, Breitenlee-Nord, Am Bergl), in Essling (Memlinggasse, Wehrbrücklstraße), in Aspern (Am Müllnermais, Langobardenviertel, Erzherzog-Karl-Stadt) und im Bereich des Mühlwassers (Luitpold-Stern-Gasse, Schierlinggrund) sowie die gesamte Donauinsel.

In **Vorbereitung** bzw. in Bearbeitung für angestrebte Widmungsverfahren befanden sich unter anderem Gebietsbearbeitungen für die Bereiche Donauzentrum, Wagramer Straße, Ölhafen Lobau, Industriestraße, U1- bzw. U2-Verlängerung, Freihof, Mühlwasser sowie mehrere Gebiete im Rahmen der „Neuen Siedlerbewegung“ (Weingartenallee, Schanze 27, Pawlikgasse, Agavenweg, Podhagskygasse).

#### Bezirksübergreifende Planungen

Im Rahmen der Projektkoordination „Neue Siedlerbewegung“ wurden sozialwissenschaftliche Grundlagen sowie eine städtebauliche **Grundlagenanalyse** erarbeitet, auf denen die weiteren Planungen und Umsetzungsmaßnahmen aufsetzen sollen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine vom Grundeigentümer beauftragte Studie über Bebauungsmöglichkeiten im Bereich des Großen Badeteichs Süßenbrunn inhaltlich betreut und abschließend abgestimmt, so dass sie als Grundlage für eine Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans dienen kann. Als weitere Grundlage für die Umsetzung der „Neuen Siedlerbewegung“ wurden eine 2-stufige **städtebauliche Ideenkonkurrenz** für den Bereich Lobaugasse/Aspern Süd abgehalten sowie eine Entwicklungsstudie im Bereich Thujagasse erarbeitet.

Angesichts der Bedeutung des Wiener Donauraums als Erholungsgebiet und in Zusammenhang mit dem

vom Gemeinderat beschlossenen Nutzungskonzept und Flächenwidmungsplan wurde die Publikation „Stand der Dinge - Wien Donaauraum“ erstellt und im Rahmen einer Ausstellung und einer Internetseite präsentiert.

#### Konzepte, Arbeitskreise

An dem von der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion - Gruppe Planung geführten Arbeitskreis „Wettbewerbe“, dem von der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion - Qualitätssicherung geführten Arbeitskreis „Ausschreibung und Vergabe“, dem von der MA 19 - Architektur und Stadtgestaltung geleiteten Arbeitskreis „Windenergie“ sowie dem von der MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung geleiteten Arbeitskreis „Brainstorming 4. Ausbaustufe U-Bahn“ und dem Arbeitskreis „KliP - Klimaschutzprogramm der Stadt Wien“ wurde regelmäßig mitgearbeitet.

Für den im Namen und unter Schirmherrschaft des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVSWR) im Herbst 2003 in Wien stattfindenden **internationalen Weltkongress** mit dem Generalthema „Cities and Markets“ wurden organisatorische, methodische und inhaltliche Grundlagen erarbeitet.

#### EDV-Aktivitäten

Ein Schwerpunkt der EDV-Aktivitäten der Abteilung lag in der Weiterentwicklung der EDV-Werkzeuge für die Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung. So wurden einerseits die Digitalisier- und Prüftools um diverse Funktionalitäten erweitert sowie kartografische Verfeinerungen vorgenommen, andererseits wurde auch eine Applikation, mit der eine Verknüpfung von Grafik- und Textteil der Plandokumente geschaffen wird, entwickelt. Mit dieser Applikation, die im Frühjahr 2002 testweise zum Einsatz kommen wird, ist die Grundlage für eine analytische Betrachtung der Planinhalte vorhanden.

Mit der Erweiterung des bestehenden Angebots an Informationen über den gültigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im Internet wurde ein weiterer Schritt gesetzt, den BürgerInnen auch über die neuen Kommunikationsstrukturen Zugang zu rechtsrelevanten Informationen zu ermöglichen. Im Rahmen der magistratsweiten Initiative **eGovernment/eVienna** soll mit dem Teilprojekt „**Flächenwidmungs- und Bebauungsplan - digital und bürgernah**“, das derzeit in Umsetzung begriffen ist, eine zusätzliche Informationsschiene geschaffen werden. Ziel dieses Projekts ist es, die gesetzlich vorgeschriebene Einbindung von BürgerInnen in das Festsetzungsverfahren für Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne auch via Internet zu ermöglichen.

Seit Februar 2001 nimmt die Abteilung in Kooperation mit der MA 14 - ADV an dem **EU-Projekt EDEN** (Electronic Democracy European Network; 5. Rahmenprogramm IST; Laufzeit: Februar 2001 - September 2003) teil. Ein Schwerpunkt dieses Projekts, an dem private und öffentliche Institutionen aus insgesamt 6 europäischen Staaten mitarbeiten, liegt in der Entwicklung eines Prototyps für ein WEB-

# Stadtentwicklung und Verkehr

basierendes Informations- und Beteiligungssystem zur Verbesserung der Einbindung von BürgerInnen in den Planungs- und Entscheidungsprozess bei der Festsetzung von Flächenwidmungsplänen und Bebauungsplänen.

Mit Hilfe noch zu entwickelnder EDV-Werkzeuge, die in Form eines Pilotprojekts getestet und evaluiert werden, sollen schon vor Beginn des formellen Widmungsverfahrens die Planungsinteressierten ihre planungsrelevanten Wünsche und Vorstellungen über das Internet einbringen können, laufend Rückmeldungen über das Meinungsbild erhalten und damit über mehrere Stadien der Planung aktiv in das Planungsverfahren eingebunden werden.

## New Public Management

Durch den Abschluss eines Kontrakts (Leistungsvereinbarung mit dem zuständigen Stadtrat und dem Magistratsdirektor) hat die Dienststelle begonnen, Instrumente des New Public Management einzuführen. Neben dem Kontrakt selbst sind ein Erfassungssystem, das die Zuordnung der Arbeitszeiten zu Produkten und Leistungen ermöglicht und ein standardisiertes Berichtswesen die Kernelemente eines abteilungsbezogenen Controllingsystems, das mit zunehmender Ressourcenverantwortung immer wichtiger wird.

## Statistischer Jahresüberblick

Vom Wiener Gemeinderat wurden im Berichtsjahr für das nordöstliche Stadtgebiet 28 Plandokumente beschlossen. Zusätzlich wurden 5 zeitlich begrenzte Bausperren gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien verhängt. Bei den erstgenannten Planentwürfen handelte es sich um Aufhebungen und Neufestsetzungen, die in der Regel umfangreicher Vorarbeiten (Grundlagenschaffung, Bestandsaufnahmen, städtebauliche Analysen, Zielermittlungen und dgl.) bedurften. Die damit abgedeckte Gebietsfläche umfasst 1.868 Hektar, somit ca. 13 % der Fläche der beiden nordöstlichen Wiener Gemeindebezirke. Mit Ausrichtung auf das „Zehnjahresprogramm“, der Frist für die Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente, befanden sich weitere 29 Vorentwürfe in Bearbeitung (Planverfahren eingeleitet bzw. im Lauf) und 14 Gebiete in Vorbereitung.

Der Abteilung wurden 987 Ansuchen um Bekanntgabe der Bauvorschriften von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. Auf Grundlage des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhausanierungsgesetzes wurden 311 Anfragen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geprüft. 34 Widmungsansuchen wurden in den Widmungsgesprächen behandelt.

Insgesamt betrug die gerundete Gesamtsumme der finanziellen Aufwendungen für alle Planungsaktivitäten EUR 0,7 Mio. Die Aufgliederung nach räumlichen Teilgebieten ergab für den 21. Bezirk EUR 0,1 Mio. und für den 22. Bezirk EUR 0,4 Mio. Für bezirksübergreifende bzw. räumlich nicht zuordenbare Arbeiten wurden ca. EUR 0,2 Mio. aufgewendet. Differenziert nach Verwendungsbereichen ergaben sich für GutachterInnenverfahren und Stadtteilplanung

EUR 0,18 Mio., für Sachkonzepte wie etwa Grünraum und Verkehr EUR 0,09 Mio., für Bestandsaufnahmen bzw. Bestandsanalysen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan EUR 0,16 Mio., für Sonderaufgaben/EDV wurden EUR 0,26 Mio. und für Nebenkosten (Kopien, Modelle) wurden EUR 0,01 Mio. verwendet.

## Ausbildung

Im Rahmen der Jobrotation wurden intensiv Kontakte zu anderen Abteilungen (MA 18, MA 19, MA 22, MA 37, MA 45) geknüpft. Dadurch ergeben sich wertvolle Synergien für die weitere Zusammenarbeit.

## Straßenverwaltung und Straßenbau (MA 28)

Die Abteilung verwaltete und erhielt im Jahr 2001 2.804 km öffentliche Straßen, von denen 223 km Bundesstraßen, 41 km Autobahnen und 2.540 km Gemeindestraßen waren. Für Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden an Einbautendienststellen bzw. Einbautenträger und an private Bauwerber zusammen 10.575 Bewilligungen für Aufgrabungen gemäß der Kundmachung des Wiener Magistrats erteilt.

## Gemeindestraßen

### Hauptstraßen

In den Hauptstraßen der Gemeinde Wien wurden verschiedene größere Straßenbauvorhaben durchgeführt:

- 1., Stadiongasse vor ONr. 10: Die Fahrbahn wurde umgebaut
- 2., Innstraße von Dresdner Straße bis Pasettistraße: Umgestaltung des gesamten Straßenquerschnitts
- 3., Landstraßer Hauptstraße von Rochusgasse bis Juchgasse
- 8., Auerspergstraße von Schmerlingplatz bis Stadiongasse
- 10., Laaer-Berg-Straße von Reumannplatz bis Gellertgasse
- 20., Klosterneuburger Straße von ONr. 59 - Pappenheimgasse
- 22., Rautenweg: Die Fahrbahn wurde zur Gänze umgebaut.

Außer den Neu- und Umbauarbeiten der Einzelvorhaben auf Hauptstraßen sind nur noch einige Herstellungsarbeiten an Hauptstraßen angeführt. Dabei gelangten vor allem örtliche Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln, Fahrbahn- und Gehsteigregenerierungen sowie diverse Umbauten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Komfortsteigerung für Bereiche öffentlicher Verkehrsmittel (hauptsächlich Haltestellenkaps) zur Ausführung:

- 7., Kaiserstraße von ONr. 1 - ONr. 97
- 9., Heiligenstädter Straße von Nußdorfer Straße bis Lichtenwerder Platz
- 14., Linzer Straße von ONr. 34 - ONr. 40
- 15., Johnstraße
- 19., Hohe Warte von ONr. 58 - ONr. 72

## Nebenstraßen

Im Rahmen der Herstellung von Nebenstraßen wurden in Teilabschnitten folgender auszugsweise angeführter Straßen Neu- und Umbauten bzw. diverse Belagsarbeiten oder Straßenumbauarbeiten, wie z. B. Fahrbahnverbreiterungen, Gehsteigverschränkungen oder Parkstreifenherstellungen, durchgeführt:

- 2., Radingerstraße von Ofnergasse bis Lassallestraße
- 5., Siebenbrunnengasse von Nikolsdorfer Gasse bis Mittersteig
- 7., Lindengasse
- 9., Zimmermangasse von ONr.5 - ONr. 9
- 12., Eichenstraße vor ONr. 23
- 13., Seckendorff-Gudent-Weg von Elisabethallee bis Einfahrt Schönbrunn
- 17., Dornerplatz
- 22., Markgraf-Gerold-Gasse

Im Zuge der Herstellung von **Siedlungsstraßen** wurden Ausbau- bzw. Umbauarbeiten sowie Instandsetzungen durchgeführt. Unter anderem in:

- 10., Porrgründe (Laaer-Berg-Straße)
- 22., Gewerbepark Stadlau

Die Neuherstellung von **Radwegen** bzw. die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen mit erforderlichen Randsteinabsenkungen und Randsteinneulegungen, Errichtung von Pollern zur Radwegsicherung, Um- bzw. Neubau von Straßenentwässerungsanlagen u. a.) wurde auch im Jahr 2001 in folgenden Straßen fortgeführt:

- 4., Argentinierstraße von Schwindgasse bis Theresianumgasse
- 5., Am Hundsturm
- 11., Zinnergasse
- 21., Ocirkgasse

Auch Bauvorhaben zur Herstellung von **Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen** wurden im Jahr 2001 fortgesetzt bzw. begonnen, z. B. in:

- 1., Goldschmiedgasse vom Stephansplatz bis Trattnerhof
- 10., Viktor-Adler-Platz

Zur Verbesserung der **Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten** wurden auszugsweise in nachstehend aufgezählten Straßenteilabschnitten entsprechende straßenbauliche Maßnahmen an Gehsteigen und Fahrbahnen gesetzt (z. B. die Herstellung von Verkehrsinseln und Fahrbahnentwerfern, Fahrbahnaufpflasterungen inklusive Polleraufstellungen etc.):

- 5., Wiedner Hauptstraße - Matzleinsdorfer Platz
- 7., Kreuzungsplateau Siebensterngasse / Stiftgasse
- 15., Märzstraße
- 16., Possingergasse / Herbststraße / Enenkelstraße
- 20., Klosterneuburger Straße
- 23., Anton-Baumgartner-Straße

Bei Arbeiten im Zuge des **Behindertenprogramms** wurden auch im Jahr 2001 in erster Linie behindertengerechte Gehsteigabsenkungen bei verkehrsrei-

chen, stark von Fußgehern frequentierten Kreuzungsbereichen errichtet um unter anderem das Befahren mit Rollstühlen zu erleichtern:

- 7., Burggasse
- 10., Oberlaaer Straße
- 12., Kreuzungsbereich Kerschensteingasse / Eibesbrunnengasse
- 13., Veitingergasse / Gemeindeberggasse
- 21., Bellgasse
- 22., Siebenbürgerstraße, Hirschstettner Straße, Bernoullistraße, u. a.

Bezug auf die straßenmäßige **Erschließung von Stadterweiterungsgebieten** zum Zweck der Errichtung von Wohnhausanlagen seien auszugsweise die Stadterweiterungsfläche

- 21., Mühlschüttelgasse und Fultonstraße, sowie
  - 23., Elisabeth-Bergner-Weg
- erwähnt.

Im Zuge der **laufenden Instandhaltungsarbeiten** wurden auch im Jahr 2001 in beinahe allen Bezirken kleinere Straßenbauarbeiten, wie Umbauten und Erneuerungen von Gehsteigen und Fahrbahnen sowie Ausbesserungsarbeiten durchgeführt.

Auch im Jahr 2001 kamen wieder **Straßenbauten kleineren Umfangs für andere Dienststellen** in einigen Bezirken zur Durchführung, und zwar vorwiegend für die Wiener Linien sowie Umbauten zum Zweck des Beschleunigungsprogramms bzw. Bevorzugungsprogramms für Straßenbahn und Bus (Errichtung von Busspuren, Busbuchten, Gehsteigverbreiterungen u. a.). Für die MA 49 waren Erhaltungsarbeiten am Straßen- und Wegenetz des Lainzer Tiergartens erforderlich.

## Bundesstraßen

### Bundesstraßen A (Autobahnen)

Im Berichtsjahr 2001 wurden folgende wichtige Bau- maßnahmen begonnen:

- A 22 - Donauufer Autobahn, Richtungsfahrbahn Stockerau: Belagssanierung des 2. Fahrstreifens im Bereich km 10,5 bis km 12,1. Diese Baustelle befindet sich zwar in Niederösterreich, da dieser Bereich aber von der MA 28 betreut wird, wurden auch diese Arbeiten von der MA 28 durchgeführt.
- A 22 / A 23 Knoten Kaisermühlen: Erneuerung einer Absturzsicherung auf eine Länge von ca. 300 m.
- A 23 - Autobahn Südosttangente: Zur Verlängerung des Verzögerungsstreifens zum Verteilerkreis Favoriten in Fahrtrichtung Süden wurde der Pannestreifen verbreitert.

### Bundesstraßen B

Die folgenden größeren Straßenbauarbeiten aus dem Jahr 2000 wurden fortgesetzt:

- B 229 - 22., Rautenweg (Percostraße - B 302): Im Zuge der Errichtung einer neuen ÖBB-Unterführung durch die MA 29 - Brückenbau, wurde von der MA 28 ein Um- bzw. Neubau der Fahrbahn auf nunmehr 2 Richtungsfahrbahnen mit je 2 Fahrstreifen sowie die Errichtung von Gehstei-

# Stadtentwicklung und Verkehr

gen, eines 2-Richtungsradweges und in einem Teilbereich eine Lärmschutzwand durchgeführt.

- B 14b - 11., Alberner Hafenzufahrtsstraße (Zinnergasse - Alberner Hafen): Auf Grund des sehr schlechten Zustands der Fahrbahn ist ein Umbau der Alberner Hafenzufahrtsstraße im oben genannten Bereich erforderlich.

Nachstehende Baumaßnahmen wurden im Berichtsjahr begonnen:

- B 224 - Altmannsdorfer Straße
- B 12b - Brunner Straße, Abzweigung Altmannsdorf: Der Umbau der Altmannsdorfer Straße sieht je Fahrtrichtung in der Regel 2 Fahrspuren vor. In Teilbereichen sind eine Nebenfahrbahn, Parkspuren und Grünflächen vorgesehen. In den Kreuzungsbereichen werden die erforderlichen Abbiegespuren errichtet. Bei der Kreuzung Sagedergasse sind zwei Linksabbiegespuren in die Sagedergasse geplant. Die Sagedergasse wird dreispurig (zwei Spuren Richtung Breitenfurter Straße, eine in Richtung Altmannsdorfer Straße) ausgebaut. Die Lärmschutzwand auf die Länge der Kleingartenanlage ist derzeit im Bau.

Erhaltungsarbeiten wurden durchgeführt:

- B 227 - 1., Franz-Josefs-Kai von ONr. 35 - ONr. 39: Belagssanierung der Fahrbahn (Stauraum).

Die folgenden Maßnahmen mit Gesamtbaukosten unter EUR 72.672,83 wurden im Jahr 2001 gesetzt:

**Stauraumsanierungen** in Form von Konstruktionsverstärkungen bzw. Verbesserungen in den Bereichen

- B 1 - 6., Linke Wienzeile / Brückengasse
- B 1 - 13., Hietzinger Kai von Testarellogasse bis Franz-Boss-Gasse
- B 8 - 22., Wagramer Straße / Schüttaustraße
- B 12 - 12., Eichenstraße bis Hanausskagasse bis Längenfeldgasse
- B 223 - 16., Koppstraße / Possingergasse

**Örtliche Betonfeldsanierungen** in den Bereichen

- B 8 - 21., 22., Wagramer Straße / Rautenweg
- B 221 - Innerer Gürtel in den Bezirken 8 und 9
- B 225 - 10., Wienerbergstraße von Lehrbachgasse bis Triester Straße.

Im Rahmen des Budgets für Gemeindestraßen wurde sowohl der Bau von Gehsteigen und Parkplätzen als auch der Ausbau von Nebenfahrbahnen bei Bundesstraßen durchgeführt.

## Brückenbau und Grundbau (MA 29)

Im Berichtsjahr wurden in der MA 29 im Rahmen der Verfolgung des „New Public Managements“ folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Bedienstetenschutz
- Qualitätsmanagement nach ISO 9001
- Innovationen 2001
- Brückenbau - Schwerpunkte 2001
- Grundbau - Schwerpunkte 2001

### Bedienstetenschutz

Bedingt durch das Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 wurde 2001 von einer Kommission, bestehend

aus einer Sicherheitsvertrauensperson, einer Arbeitsmedizinerin und einer Sicherheitsfachkraft, eine umfangreiche Evaluierung der Arbeitsplätze der Bediensteten der MA 29 vorgenommen. Aufgrund der Ergebnisse dieser Evaluierungskommission wurden in der MA 29 Verbesserungen im Arbeitsplatzbereich realisiert, sowie zusätzliche Schutz- und Sicherheitsausrüstungen angeschafft.

### Qualitätsmanagement nach ISO 9001

Die MA 29 besitzt seit 1999 ein gemäß ISO 9001 strukturiertes Qualitätsmanagementsystem. Die Wirksamkeit dieses Systems wird durch jährliche interne und externe Audits überprüft. Im Zuge dieser Audits konnten immer wieder Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt, aber keine Normwidrigkeit festgestellt werden. Die Audits wurden daher stets positiv abgeschlossen.

In einem Management-Review konnte die Erreichung der meisten Ziele für das Jahr 2001 festgestellt und neue Ziele für das Jahr 2002 festgelegt werden. Damit wurde auch ein wichtiger Kontrakt-punkt erfüllt.

### Innovationen 2001

Im Berichtsjahr wurde in der MA 29 ein Innovationsmanagement eingeführt, wobei die eingereichten Verbesserungsvorschläge bzw. Innovationen zentral gesammelt, katalogisiert und an den Abteilungsleiter zur Bewertung weitergeleitet werden. In der Folge wird bei erfolgreichem Probetrieb die endgültige Umsetzung der Innovationen betrieben. Im Jahr 2001 wurden seitens der MitarbeiterInnen 22 Innovationen zur Umsetzung eingereicht.

### Brückenbau - Schwerpunkte 2001

Die MA 29 war im Berichtsjahr stets bestrebt, fachspezifische Aktivitäten im Brückenbau zu setzen und ihre Aufgaben nach den Kriterien der Kundenorientiertheit und Effizienz zu erledigen. Die Schwerpunkte des Baugeschehens in den jeweiligen Bezirken waren:

- 1. Bezirk: Ohmann'sche Wienflussverbauung

Aufgrund ihres schlechten Bauzustands ist es unbedingt erforderlich, die Ohmann'sche Wienflussverbauung im Stadtpark komplett instand zu setzen. Dies beinhaltet die Instandsetzung sämtlicher künstlerischer Bauwerke und der Stützmauern sowie aller Stiegenanlagen von den Promenaden beiderseits des Wienflusses in den Stadtpark. Ebenso Bestandteil ist die Instandsetzung der vorhandenen Beleuchtung, des Entwässerungssystems und der Parkwege im Objektsbereich. Mit der Projektabwicklung (Projektsteuerung, Generalplanung, Planungs-koordination, örtliche Bauaufsicht einschließlich Baustellenkoordination, Bauabwicklung und Abrechnung) wurde der Architekt Univ.-Prof. Dr. Manfred Wehdorn beauftragt, der auch die Vergabe der Bauleistungen durchführt. Die begleitende technische Kontrolle sowie die Bereitstellung der Budgetmittel wird im eigenen Wirkungskreis der



MA 29 abgewickelt. Im Jahr 2001 wurde mit der Baustelleneinrichtung, den Steinmetzarbeiten sowie mit der Einrüstung der oberen Stützmauer und der Pavillions begonnen.

- Radetzkybrücke

Im Berichtsjahr wurden der Belag und die Abdichtung im Fahrbahn- und Gehwegbereich sowie die Erneuerung der Gleislage und des Gleisbogens Hintere Zollamtsstraße sowie die Verpressung und Sicherung der Widerlagermauern durchgeführt.

- 2. Bezirk: Gaswerksteg

Im Zuge der Aufwertung des 3. Bezirks im Bereich der Gasometer wird auch das Naherholungsgebiet Prater besser aufgeschlossen. Dazu wird der bestehende Gaswerksteg mit behindertengerechten Aufstiegen nachgerüstet. Im Bereich der Erdbergstraße wurde eine Wendel sowie am rechten Donaukanalbegleitweg und auf der Seite Prater jeweils ein Rampenbauwerk errichtet.

- 3. Bezirk: Hochstraße St. Marx im Zuge der A 23

Im Zusammenhang mit der Gesamtinstandsetzung der Hochstraße St. Marx wurde mit den Arbeiten betreffend die Erneuerung und Verstärkung der Randstreifenkonstruktion inklusive Lärmschutzwand nach dem Wiener Stahlleitwandsystem im Bereich aller Tragwerke der Richtungsfahrbahn Kargan von Auffahrt Gürtel bis Auffahrt St. Marx sowie mit den Pfeilerverstärkungen und den Vorarbeiten für den Austausch der veralteten Corroweldrollenlager begonnen. Weiters wurde die Auswechslung der über 20 Jahre alten Dehnfugenkonstruktion zwischen den Aus- bzw. Auffahrten St. Marx und der A 4 durchgeführt. Für diese Arbeiten kam wieder das sogenannte Fly-Over zur Anwendung.

- 6. Bezirk: Stützmauer Esterhazypark

Im Bereich der Schadekgasse wurden ca. 155 lfm der bestehenden Fußmauer einschließlich des Geländers abgetragen und durch einen Neubau ersetzt. Von der Schadekgasse zum Fritz-Grünbaum-Platz schließt eine neue behindertengerechte Rampenanlage an. Im Bereich des Fritz-Grünbaum-Platzes wurde an Stelle der alten Stützmauer eine neue großzügige Freitreppe von ca. 22 m Breite als architektonische Öffnung zur Parkanlage errichtet. In der Gumpendorferstraße wurde die bestehende Stützmauer auf einer Länge von ca. 95 lfm instandgesetzt und mit einer grüngestalteten Vorsatzschale aus Stahlbeton verstärkt, wobei die Sichtfläche nach architektonischen Gesichtspunkten gestaltet wurde. Weiters wurde in den Bereichen der Gumpendorferstraße und der Blümelgasse ca. 135 lfm Stützmauer mit integrierten behindertengerechten Rampenanlagen neu errichtet. Im Stützmauernbereich Gumpendorferstraße - Fritz-Grünbaum-Platz wurden vier Steinfiguren nach entsprechender Komplettrestaurierung neben der Freitreppe

wieder versetzt. Weiters hat die Stützmauer auf der Seite der Freitreppe eine Natursteinplattenverkleidung mit einem Wasserfall erhalten. Für diese Maßnahmen hatte die MA 29 auch eine Pumpenstube vorgesehen, welche unter der Fußgängerrampe integriert wurde. Mit den vorangeführten Stützmauern sowie Stiegen- und Rampenanlagen von ca. 407 lfm wurde auf 3 Seiten eine Parkfläche von ca. 10.400 m<sup>2</sup> umschlossen.

- 12. Bezirk: Wienerbergbrücke

Für die Erweiterung des Bahneinschnitts zwischen den Bahnhöfen Meidling und Hetzendorf im Zuge der Errichtung des Lainzer Tunnels durch die HL-AG ist es notwendig, die Wienerbergbrücke und drei Einbautenstege neu herzustellen bzw. umzubauen. Die anschließenden Straßenplateaus müssen vor dem Abbruch der alten Brücke durch die MA 28 hergestellt werden. Die im November 2000 begonnenen Bauarbeiten wurden zügig und termingerecht weiter geführt.

- Erholungspark Dunklergasse

Hier wurde eine Freizeitanlage zwischen U6, U4 und Wienfluss in Nähe der U-Bahnstation Längenfeldgasse hergestellt, wobei alte Mauern saniert sowie neue Mauern, Stiegenanlagen, Rampenanlagen und ein Pavillon gebaut wurden.

- 15. Bezirk: Schwendermarkt

Im Bereich Schwendergasse zwischen Dadlergasse und Hollergasse wurde das Projekt „Neubau Schwendermarkt“ mit Projektkoordinierung durch die MA 24 betrieben. Neben der Errichtung eines multifunktionalen Gebäudes durch die Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Heimbau“ wurde auch der gesamte Marktbereich neu gestaltet. Damit im Zusammenhang standen auch umfangreiche Instandsetzungsarbeiten am Objekt M1508 „Kragplattenkonstruktion, Stützmauer und Stiegenanlagen Schwendermarkt“.

- 20. Bezirk: Stützmauer Innstraße

Die Neuerrichtung der Stützmauer im Zuge der Tieferlegung der Innstraße erfolgte in Abstimmung mit den Straßenbauarbeiten der MA 28.

- 21. Bezirk: Einlaufbauwerk Neue Donau

Beim Einlaufbauwerk Neue Donau wurde die Erneuerung der Brückenoberfläche (Randbalken, Gehwege, Belag und Abdichtung), sowie Betoninstandsetzungsarbeiten an der Tragwerksunterseite und der Wehranlage durchgeführt.

- 22. Bezirk: Unterführung Rautenweg

Im Zuge des Ausbaus der B 229 wurde im Jahr 2000 mit den Bauarbeiten für die Tieferlegung des Rautenwegs unter die ÖBB-Strecke Wien - Laa/Thaya begonnen. Aufgrund der vorgegebenen Bahntrasse und der geforderten lichten Durchfahrts Höhe von 4,80 m für den Straßen-

bereich wurde es erforderlich, die beiden Unterführungen mit einer Länge von je 125 m, welche im Bereich der Bahntrasse als Grundwasserwanne ausgebildet wurden, auszuführen. Die Unterführung besteht aus zwei getrennten, wasserdichten Wannenbauwerken, die jeweils zwei Fahrspuren und einen Gehweg beinhalten. Bei der nördlichen Unterführung wurde zusätzlich ein Radweg ausgebildet. Die Arbeiten konnten 2001 bis auf kleine Restarbeiten termingerecht abgeschlossen werden.

- Brücke Toter Grund

Aufgrund einer ungünstigen Nivellette und damit im Zusammenhang stehenden Erhaltungsschäden wurde eine Neuerrichtung und Höherlegung des Tragwerks in Stahl/Holzkonstruktion durchgeführt.

- Brücke Lobau Staudigl

Neuerrichtung eines Fußgängerstegs (Stahl/Holzkonstruktion) an Stelle einer Furt über das Mühlwasser in der Lobau. Dies stellt eine wichtige Verbindung innerhalb des internationalen Radwegnetzes dar.

- Brücke Lobau Josefsteig

Neuerrichtung eines Fußgängerstegs (Holzkonstruktion) über ein Feuchtgebiet in der Lobau, der aufgrund des erhöhten Grundwasserspiegels notwendig wurde.

## Grundbau - Schwerpunkte 2001

Mit der Wiener Linien GmbH & Co KG wurden eine Reihe von Übereinkommen abgeschlossen, welche die grundbautechnische und geologische Mitarbeit im Wiener U-Bahnbau für den Neu- und Umbau der U 2-Verlängerung Stadlau/Aspern zum Inhalt haben. Weiters wurde seitens der MA 29 mit der grundbautechnischen Betreuung der als Schlüsselprojekt geführten Baustelle „Wienfluss-Sammel-Entlastungskanal (WSEK) der MA 30 begonnen. Dazu sind umfangreiche unter großem Termindruck stehende Untergrunderkundungen, bodenphysikalische Laboruntersuchungen und grundbautechnische Projektserarbeitungen erforderlich, die 2001 begonnen wurden und im Frühjahr 2002 fertig gestellt werden sollen.

Als weitere sehr wichtige und umfangreiche Arbeit wurde die Neubearbeitung der Leistungsbeschreibung U-Bahn durchgeführt, wobei seitens der MA 29 - Fachbereich Grundbau sämtliche Spezialtiefbauwerke gemeinsam mit den Wiener Linien GmbH & Co KG überarbeitet und auf den derzeitigen Stand der Technik gebracht wurden.

Die umfassende Beratungstätigkeit der MA 29 - Fachbereich Grundbau, die seit 30 Jahren bislang innerhalb des Magistrats erfolgt, sowie die Nutzung der geologisch/geotechnischen Datenbank des Baugrundkatasters und des Aktenarchivs wurde u. a. zum sicherheitstechnischen und wirtschaftlichen Nutzen der Wiener optimal weitergeführt.

## Öffentliche Beleuchtung (MA 33)

### Öffentliche Beleuchtung

#### Statistische Angaben

Mit Jahresende waren in Wien 149.529 Leuchten mit insgesamt 241.354 Lampen installiert. Es gab 15.004 Spannarme und 59.557 Lichtständer bzw. Arme bzw. Ausleger. Die gesamte öffentliche Beleuchtung wird Ende 2001 von 3.569 Schaltgeräten in 3.122 Schaltböcken gesteuert. Der Anschlusswert der öffentlichen Beleuchtung beträgt mit Ende 2001 ca. 15.054 kW, der Stromverbrauch ca. 56 MWh.

#### Beleuchtungsanlagen

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im Folgenden nur einige hervorgehoben werden:

- **3., Landstraßer Hauptstraße:** In der Landstraßer Hauptstraße im Abschnitt Rochusgasse bis Juchgasse wurden neben der Anpassung der Verspannungsanlage im Gehsteigbereich konische Kunststoffkandelaber mit Aufsatzleuchten der Type Lamprecht und Natrium-Hochdruckdampfampe (NaH) 70 W errichtet.
- **4., Schleifmühlgasse:** In der Schleifmühlgasse wurden im Zuge der Instandhaltung der Stahldrahtanlage auf Wunsch der Kaufleute Hängeleuchten der Type Contur NaH 2 x 70 W installiert.
- **6., Esterhazypark:** Im Zuge der Neugestaltung des Parks durch die MA 42 und die MA 29 wurde die Beleuchtungsanlage neu errichtet. In Abstimmung mit der MA 42 wurden 42 Lichtstellen der Type Lichtständer Donaustadt klein mit Leuchte Meteora NaH 70 W aufgestellt.
- **10., Viktor Adler-Platz:** Ausgelöst durch den Umbau der MA 28 wurde die öffentliche Beleuchtung neu errichtet. In Abstimmung mit der MA 19 wurden Leuchten der Type Maiglöckchen gewählt. Als Leuchtmittel wurden NaH 70 W eingesetzt.
- **11., Guglgasse:** Durch die Revitalisierung der Gasometer und den Straßenneubau der MA 28 musste die öffentliche Beleuchtung neu errichtet werden. Auf Wunsch der Architekten wurde eine Lichtmastbeleuchtung mit einer Lichtpunkthöhe von 9 Meter und Leuchten der Type Sicompact-Mini 150 W installiert.
- **13., Seckendorff-Gudent-Weg:** Auf dem Seckendorff-Gudent-Weg wurde eine Lichtmastbeleuchtung mit konischen Lichtmasten der Type Donaustadt, 5,5 m Lichtpunkthöhe (LPH) und 9,5 m LPH mit Leuchten der Type Meteora und NaH 50 W bzw. NaH 150 W errichtet.
- **14., Ludwig-Zatzka-Park:** Die Verbesserung der Beleuchtung erfolgte nach Beschwerden beim Bürgerdienst über Veranlassung der Bezirksvorsteherin. Es wurden Kugelleuchten, die schnell verschmutzen und deren Quecksilberdampfampen zu früh an Lichtleistung verlieren, gegen Leuchten der Type Lamprecht mit 70 W NaH ausgetauscht.
- **17., Rohrerhüttenweg:** Nach einer Zeitungsmeldung über „Das finsterste Straßenstück Wiens“ wurden, über Veranlassung des Stadtrates, im Einvernehmen mit dem Bezirksvorsteher,

vor dem widmungsmäßigen Ausbau des Rohrerhüttenweges fünf Lichtständer für dessen öffentliche Beleuchtung errichtet. Durch die im Zuge dieser Maßnahme notwendig gewordene Einrichtung einer eigenen Schaltstelle wurde die Möglichkeit geschaffen, wenn es notwendig wird, die Beleuchtung auf den Bereich Exelbergstraße auszuweiten.

- **23., In der Wiesen Nord:** Im Stadtentwicklungsgebiet „In der Wiesen“ wurde auf dem Elisabeth-Bergner-Weg eine Lichtmastbeleuchtung mit konische Lichtmaste der Type Donaustadt mit Ansatzleuchten Type Meteora mittel und NaH 100 W errichtet.

## Öffentliche Uhren

### Allgemeine Angaben

Die MA 33 betreut 78 Würfeluhren, 110 Kirchen- und Gebäudeuhren, 4 Springzifferuhren und 3 in Kunstwerken integrierte Uhren. Sämtliche Uhren sind ferngesteuert. Die meisten werden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig synchronisiert. Derzeit erfolgt eine Umrüstung auf GPS Antennen, da die Störfelder der Handysender in vielen Bereichen (z. B. in Kirchtürmen) den Empfang stark schwächen. Die Umstellung auf Sommerzeit und die Rückstellung auf Normalzeit wird automatisch durchgeführt.

### Instandhaltung der öffentlichen Uhren

Es wurden 59 Uhren instandgesetzt (Uhrwerk erneuert, Mikroprozessor getauscht etc.) und rund 160 Störungen (Licht ausgefallen, Uhr stehen geblieben, etc.) behoben.

### Versuchsraum

Es konnte der Betrieb der routinemäßigen Wareneingangskontrolle der Leuchten und Lampen nach dem Umbau des Versuchsraums aufgenommen werden. Es wurden 24 Leuchten- und 37 Lampenmessungen durchgeführt. Im Zuge der Lampenausgleichung der MA 46 wurden Musterlampen für Ampelanlagen begutachtet und vermessen.

Der „Brennraum“, in dem Lampen auf ihre Lebensdauer gemäß des IEC-Schaltrhythmus getestet werden, wurde für die neuesten Lampengenerationen adaptiert bzw. umgebaut. Dazu wurde ein hochpräzises Luxmeter und eine Spannungsstabilisierungsanlage eingebaut.

Weiters wurden Planungen und Berechnungen sowie ausführliche Tests der Beleuchtungsanlage für das Museumsquartier (Fluterbeleuchtung vom Dach und Lichtsäulen im Vorbereich) gemeinsam mit dem Baureferat und dem Anstrahlungsreferat durchgeführt.

### Anlagenprüfgruppe

Im Jahr 2001 konnten 130 neugebaute Anlagen entsprechend den ÖVE-Vorschriften überprüft und abgenommen werden sowie weitere 66 Anlagen des Altbestandes auf ihre Betriebssicherheit hin kontrol-

liert werden. Weiters gab es 60 Schlussfeststellungen. Zur Unterstützung der Baureferate und der Betriebsgruppe wurden 26 Kabelfehler- bzw. Kabelortungs-Messungen durchgeführt.

Auf Ersuchen anderer Dienststellen wurden 73 Lichtmessungen (im Zuge von Gewerbeverfahren, Anrainerschwerden, etc.) und zahlreiche Lichtmessungen für den Eigenbedarf (Planung neuer bzw. zu ändernder Anlagen) durchgeführt.

### Anstrahlung von Baudenkmalern, Brücken und Brunnen

Im Jahr 2001 konnte eine der größten Anstrahlungsanlagen Wiens errichtet werden. Die Beleuchtungsanlage der Mollardschule in 1060 Wien wurde mit 80 energiesparenden Klein- und Kleinstflutern, mit einem Anschlusswert von nur 8 kW, am 27. November 2001 eröffnet.

Weiters wurde eine Effektbeleuchtung für den Gaswerksteg, der den 11. Bezirk mit dem 2. Bezirk verbindet, errichtet. Diese Anlage besteht aus einem mit Glasfaser-Endlichtleitern errichteten „Sternenhimmel“ und aus Scheinwerfern, welche die Tragseile des Stags beleuchten.

Das neu restaurierte Verwaltungsgebäude der Wiener Rettung und ein Mosaik am Matzleinsdorferplatz wurden im Berichtsjahr ebenfalls mit einer neuen Anstrahlungsanlage ausgestattet.

### Stadtvermessung (MA 41)

Aufgabe der Abteilung ist die vermessungstechnische Betreuung der Stadt Wien, hauptsächlich in den Bereichen Planung, Bauausführung und allgemeine Verwaltung. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Abteilung nach den Fachbereichen der Vermessungstechnik in die **Dezernate Ingenieurgeodäsie** mit den Referaten Allgemeine Vermessungen, Nivellement und Baustellenmessungen, **Liegenschaftsgeodäsie** mit den Referaten Urkundpläne und Grenzvermessungen sowie **Kartographische Geodäsie** mit den Referaten Mehrzweckkarte, Luftbilddauswertung und Kartographie gegliedert. Als Einzelreferate, die allen Arbeitsbereichen der Abteilung zur Verfügung stehen, sind die Kanzlei, das Archiv und das Referat Interne Dienste eingerichtet.

**Schwerpunkte der Arbeit** waren Vermessungen für städtische Bauvorhaben, das städtische Liegenschaftsmanagement sowie die Evidenthaltung und Weiterentwicklung der digitalen Stadtkarte.

Im Rahmen der Einführung des New Public Managements innerhalb der Stadtverwaltung wurden mit nahezu allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Orientierungsgespräche (MOG) geführt. Einen weiteren Baustein bei der Einrichtung moderner Managementverfahren bildeten die Vorarbeiten für den Ende 2002 mit dem Stadtrat und dem Magistratsdirektor abzuschließenden Kontrakt.

Bei der **vermessungstechnischen Betreuung von städtischen Bauvorhaben** durch das im Dezernat Ingenieurgeodäsie eingerichtete Referat Allgemeine

# Stadtentwicklung und Verkehr

Vermessungen sind folgende Arbeiten hervorzuheben:

- Wettbewerbsunterlagen für die Neugestaltung des Arkadenhofes im Rathaus, Projektunterlagen für einen Tiefenspeicher im Rathaus;
- Projektgrundlagen für den beabsichtigten Umbau des Wallensteinplatzes, für die geänderte straßenmäßige Erschließung der Wiener Messe, für den Umbau der Bitterlichstraße einschließlich der Lärmschutzmaßnahmen, für den Umbau der Unteren Donaustraße, für die Nordbrückenverlängerung zur Brünner Straße, für die Verbreiterung der A 23 im Bereich St. Marx und für die Errichtung des Haidingerstegs über den Donaukanal;
- Lage- und Höhenpläne für das Sommerbad Laaerberg, die Lainzer Tiergartenmauer und den projektierten Wienfluss-Sammler- und Entlastungskanal im Stadtparkbereich.

Für diese Vorhaben waren 93 Lage- und Höhenpläne anzufertigen. Damit ist die Anzahl gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, der Umfang der einzelnen Arbeiten war jedoch größer.

Die bereits im Vorjahr zur Verfügung gestellten Projektunterlagen für die Verlängerung der U2 waren für die zusätzliche Betriebsgleichführung vom Stadion nach Erdberg zu ergänzen.

Die vermessungstechnische Unterstützung bei der Einrichtung eines **zentralen Leitungskatasters** - einer Zusammenschau sämtlicher Leitungen im Straßenbereich - wurde vermehrt angefordert, da die Leitungsbetreiber ihre Dokumentationen über vorhandene Leitungen in digitalen Informationssystemen vermehrt ausbauen und verbessern. Neben den schon bisher laufenden Arbeiten für die MA 30 und MA 31 waren nun auch die MA 33 und MA 46 zu betreuen.

Mit der Ausarbeitung von 200 Gutachten nach dem Veranstaltungsstättengesetz ist eine beträchtliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr eingetreten.

Vom Referat Nivellement wurde neben den laufenden Kontrollmessungen eine **Neuberechnung des gesamten Höhennetzes**, das rund 6.300 in der Natur stabilisierte Festpunkte umfasst, abgeschlossen. Neben der nunmehr verbesserten Aussage über die Qualität der Messergebnisse können nun auch interessante Rückschlüsse auf das geologische Verhalten der Erdoberfläche über das gesamte Stadtgebiet gezogen werden.

Das Referat Baustellenmessung war überwiegend im U-Bahn-Bau eingesetzt. Mit der Fertigstellung der Umbauarbeiten für die Stammstrecke der U2 liefen die Kontrollmessungen im Bereich Babenberger Straße - Rathaus aus, im Bereich der Wendeanlage Karlsplatz hingegen waren Wienflussgewölbe und Musikverein ständig auf Setzungen und Deformationen hin mit **Präzisionsmessungen** zu kontrollieren. Im Bereich des Bauvorhabens U1-Nord wurden ca. 1.500 Kontrollpunkte vermarktet und eingemessen, um im Zuge des Baugeschehens eintretende Setzungen an anrainenden Gebäuden sicher und rechtzeitig erfassen zu können.

Hauptaufgabe des Dezernats Liegenschaftsgeodäsie ist die **vermessungstechnische Betreuung des städtischen Grundeigentums**. Dies geschieht einerseits durch das Erstellen von Lageplänen zur Umwandlung städtischer Grundstücke vom Steuer- in den Grenzkataster und von Teilungsplänen andererseits durch das Abstecken von Grundstücksgrenzen. All diese Arbeiten waren mit etwa 200 Grenzverhandlungen verbunden, bei denen die Anwesenheit der MA 41 erforderlich war. Für die kompetente Vertretung bei diesen Grenzverhandlungen diente das umfangreiche Planarchiv als Grundlage.

Teilweise werden diese Arbeiten im Vergabebeweg durch Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen ausgeführt, teilweise durch das Eigenpersonal der MA 41. Es wurden daher von diesem Dezernat wieder 81 Aufträge mit einer gesamten Auftragssumme von EUR 395.000 an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergeben. Dabei sind die Vermessungsarbeiten für Regulierungsarbeiten längs des Wienflusses und anderer Wiener Bäche, für den Ausbau von Bundesstraßen, wie zum Beispiel der Sagedergasse, für den Verkauf von Kleingärten, wie zum Beispiel am Hackenberg, für das städtische Wohnhaus in der Margaretenstraße, das Kongressbad, das Gaswerk Leopoldau, das Krankenhaus Floridsdorf und für die Quellschutzforste in Schwarza im Gebirge von besonderem Interesse. Nicht unerwähnt soll ein Dienstbarkeitsbestellungsplan für einen Hauptwasserstrang vom Wasserbehälter Rosenhügel durch eine benachbarte Kleingartenanlage sein.

Die vom Eigenpersonal der MA 41 fertig gestellten Arbeiten konzentrierten sich auf Parkanlagen, wie den Hamerlingplatz, auf Sportanlagen, wie das Horst-Stadion und den Rennweger SV, auf städtische Wohnhäuser, wie den Hanuschhof, weiters die U1-Station „Kaisermühlen“ und den Abenteuerspielplatz Rennbahnweg. Dafür wurden 25 Pläne mit einem Flächenausmaß von 46 ha erstellt und 10 Grenzabsteckungen durchgeführt, bei denen 160 Grenzpunkte auf einer Gesamtlänge von 3 km abgesteckt wurden. Besondere Erwähnung soll jedoch die Festlegung der Grenzen des Nationalparks Lobau finden, für den weitere Pläne mit einem Flächenausmaß von 20 ha und einer Grenzlänge von 3 km mit 160 Grenzpunkten erforderlich waren.

Die MA 41 war auch wieder der Ansprechpartner vor allem der Bezirksvertretungen für alle Fragen, die **Bezirks- und Landesgrenzen** betreffen. So wurden die Grenzen zwischen dem 1. und 3. Bezirk längs der Vorderen Zollamtsstraße sowie zwischen dem 21. und 22. Bezirk längs der Wagramer Straße auf einer Länge von 3 km zentimetergenau koordinativ festgelegt und in der Grundstücksdatenbank des Bundes gespeichert. Weiters führte die MA 41 die Vorbereitungsarbeiten für die Festlegung der Grenze zwischen dem 16. und 17. Bezirk im Bereich des Kongressparks durch, die im Landesgesetzblatt 124 des Jahrgangs 2001 dargelegt sind.

Mit der **Erstellung von Teilungsplänen** ist auch ein entsprechendes Verfahren verbunden, das von der MA 41 begleitet wird. So wurden wieder 190 Bekanntgaben der Bebauungsbestimmungen angefor-

dert, an die Baubehörde 140 Ansuchen um baubehördliche Genehmigung gerichtet und bei den Vermessungsämtern 160-mal um Planbescheinigung ersucht. Durch eine Umorganisation innerhalb des Magistrats ist nicht mehr die Magistratsdirektion Zivil- und Strafrecht sondern die MA 69 - Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten für die grundbücherliche Durchführung von Teilungsplänen verantwortlich, so dass die MA 41 an letztgenannte Magistratsdienststelle 100-mal dieses Begehren richtete. Von der MA 64 - Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten wird im Zuge von Grundstücksteilungen geprüft, ob Ansprüche von Privaten über eine Rückstellung von abgetretenem Straßenrund bestehen. Dazu hat die MA 41 im Berichtszeitraum 12 Entschädigungspläne angefertigt. Der Zeitraum für die Ausstellung einer Vollmacht im Abteilungsverfahren durch die Unterfertigung derselben durch die MA 41 ab Jahresbeginn 2002 konnte verkürzt werden. Dafür waren im Jahr 2001 entsprechende Vorarbeiten und die Ausarbeitung der dafür erforderlichen Software notwendig.

Etwa 70 Aufgrabungsmeldungen wurden an die MA 41 mit dem Wunsch um Überprüfung herangetragen, ob sich im Einflussbereich der künftigen Baustellen ein vermessungstechnischer Festpunkt befindet. Dies musste an Hand der in dieser Abteilung aufliegenden Unterlagen überprüft und - sofern eine Gefährdung des Festpunktes gegeben war - eine Verlegung desselben veranlasst werden.

Auf Grund der der MA 41 zur Verfügung stehenden Planunterlagen konnte die elektronische Datenerhaltung über Abteilungsverfahren auf etwa 50.000 Akte erweitert werden, wodurch das Auffinden von Akten nach verschiedenen Kriterien erleichtert und eine sofortige erste Auskunftserteilung über den Stand von Abteilungsverfahren ermöglicht wird. In diesem Zusammenhang sollen auch die Teilungsplan-Terminbesprechungen Erwähnung finden, bei denen die MA 41 eine Beschleunigung der Abteilungsverfahren durch die Beseitigung von Hemmnissen zusammen mit anderen Dienststellen herbeiführt. Ähnliches wird im Kleingarten-Beirat und bei den Besprechungen über Stadterweiterungsgebiete versucht, an denen ebenfalls die MA 41 teilnimmt.

Das in Zusammenarbeit mit der MA 41 und dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen begonnene Projekt zur Erstellung der **Digitalen Katastralmappe für das Quellschutzgebiet** der Wiener Wasserleitung konnte abgeschlossen werden.

Hauptaufgabe des Dezernats Kartographische Geodäsie ist Herstellung und Vertrieb der städtischen Kartenwerke, insbesondere der **Digitalen Mehrzweckkarte** (MZK). Hier wurde weiterhin besonderer Wert auf kundenorientierte Produktpassung bei vermehrtem Einsatz innovativer Technologien gelegt. Die Möglichkeit, MZK-Produkte im direkten Datenzugriff zu beziehen, wurde von Kunden vermehrt in Anspruch genommen.

Vom Referat Luftbilddauswertung wurden zur Aktualisierung der MZK in 456 Blättern 1:1000 die aus den Bildflügen ersichtlichen Veränderungen festgestellt

und zur kartographischen Bearbeitung übergeben. Parallel dazu wurden zum Aufbau eines digitalen 3D-Stadtmodells die Gebäudehöhen in 343 Blättern 1:1000 gemessen, sowie alle freihängenden Beleuchtungskörper der MA 33 erfasst. Sonderauswertungen, Luftbildinterpretationen, zum Teil aus historischen Luftbildern, und Scannungen erfolgten für diverse Projekte der Magistratsabteilungen 19, 21, 31, 37, 48 und 49. Die vom Referat Mehrzweckkarte vorgenommenen terrestrischen Vermessungen zur Aktualisierung der MZK umfassten Straßenbereiche über eine Länge von rund 950 Kilometern, dargestellt auf 375 Blättern 1:1000. Neben diesen Evidenzhaltungen für die MZK waren von den Kartographen an digitalen Arbeiten die Bebauungsplanfolie mit insgesamt 1.152 Blättern 1:1000 auf den letzten Stand zu bringen. Im Bereich der thematischen Karten haben die Arbeiten für das Hochhauskonzept Wien einen breiten Raum eingenommen.

Schulungsmaßnahmen innerhalb der Abteilung kam wieder hohe Bedeutung zu. Die MA 41 bildet drei Vermessungslehrlinge aus, von denen der Erste die Lehrabschlussprüfung mit ausgezeichnetem Erfolg bestanden hat, was auch einen Beweis für die qualitätsvolle Ausbildung durch die Abteilung darstellt.

Fachliche Kontakte werden laufend über Mitwirkung bei den maßgeblichen nationalen und internationalen Stellen gepflegt. Hervorzuheben ist dabei die Mitarbeit in den entsprechenden Gremien der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Städtebundes bei der Neugestaltung der bundesweiten Geodatenpolitik. Weiters konnte im Rahmen eines Consultings abteilungsspezifisches Wissen an Fachbesucher aus Russland und China weitergegeben werden.

Im Österreichischen Normungsinstitut führt die Abteilung den Vorsitz im Fachnormenausschuss 084 - Vermessung und Geoinformation und in dessen Arbeitsgruppe 084 - AG01. Dabei wurde wesentlich bei der Ausarbeitung der ÖNORM A 2251 Vermessungspläne - Planliche Darstellung von Leitungen und ÖNORM A 2261-5 Grundstückskataster mitgewirkt.

Gegenüber dem Vorjahr ist mit 2.492 neuen Geschäftsstücken die Anzahl der Anforderungen leicht gestiegen. Obwohl ein wesentlicher Anteil der Vermessungsleistungen vom Personal der Abteilung erledigt werden konnte, mussten Aufträge im Ausmaß von EUR 2,37 Mio. nach außen vergeben werden.

#### **Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten (MA 46)**

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in die Stabstelle und fünf Gruppen, die wiederum in Referate unterteilt sind.

Die **Stabstelle** fungiert als Zentral- und Informationsstelle der Abteilung und ist u. a. für die Endredaktion von Akten vorgesetzter Dienststellen, der Bezirksvertretungen, des Bürgerdienstes und sonstiger Terminakte zuständig. 2001 waren 1.043 Akten

zu bearbeiten, und entsprechende Berichte an die jeweiligen Dienststellen, aber auch Privatpersonen, zu übermitteln. Weiters wurden aus Tageszeitungen und anderen periodischen Druckwerken etwa 280 Artikel, die mit dem Aufgabengebiet der Abteilung im Zusammenhang standen, entnommen und den Abteilungsangehörigen zur Kenntnis gebracht. Gutachten bzw. Stellungnahmen in Verwaltungsstrafverfahren wurden 2001 in 1.458 Fällen abgegeben.

Die **Verkehrsinformationsstelle** ist die Serviceanlaufstelle für Bürger und Dienststellen. Sie ist mit jeweils drei Bediensteten der Gruppe 2 von Montag bis Freitag von 7.00 bis 18.00 Uhr besetzt. Die besondere Serviceleistung ist, dass die Anträge innerhalb eines Tages erledigt werden, sofern dies verkehrstechnisch möglich ist.

In 4.175 Fällen wurden Bewilligungen für Lade-tätigkeiten bei Übersiedlungen, Ölabschlauchungen sowie Anträge, die Aufgrabungen im Straßenbereich betreffen, erledigt. Die Informationsstelle nimmt auch Meldungen über Gebrechen im Straßenbereich entgegen und veranlasst gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen. Ebenso werden Termine von Baubeginn oder Bauende von Straßenbauarbeiten, Meldungen über schwere Verkehrsunfälle sowie über die Beschädigungen von Verkehrsleiteinrichtungen entgegengenommen.

## Gruppe 1 - Verkehrsorganisation und Planung

Die Gruppe ist in 5 Gebietsreferate aufgeteilt und für die Erarbeitung und Verordnung verkehrstechnischer Maßnahmen bei Straßenneu- und Umbauprojekten sowie für die generelle Projektierung und Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) sowie deren Überprüfung zuständig. Es wurden im Jahr 2001 4.094 Akte behandelt. Das Radwegenetz wurde um 33 km erweitert, sodass das Netz der Radverkehrsanlagen mittlerweile 868 km umfasst. Die Anzahl der Bügel für Fahrradabstellanlagen wurde um 606 auf 7.606 vermehrt. Weiters wurden 1.123 Fahrradausweise für Kinder unter 12 Jahren ausgestellt.

Ausgewählte verkehrstechnische Projekte:

- **Garagenprojekte:** Neuer Markt, Schlesinger Platz, Bauernfeldplatz, Steinbauerpark, P&R Hütteldorf, Auhof, Liesing, Atzgersdorf, Siemensstraße, Pragerstraße, Kagran.
- **Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) und Projekte des Straßen-, Gleis- und Brückenbaus:** Verkehrstechnische Projekte des Straßen-, Gleis- und Brückenbaus wurden erstellt und entsprechende Änderung zur Verbesserung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs durchgeführt. Straßendetailprojekte wurden für die Verlängerung der U1 und der U2 abgegeben und an der Erstellung des öffentlichen Verkehr-Sekundärnetzes wurde mitgearbeitet. Ebenso wurden Überprüfungen von diversen Bevorrangungsprojekten der Wiener Linien durchgeführt.
- **Bundesstraßen A und B:** Für Wegweiser, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf Bundesstraßen A (Autobahnen) wurden Projekte erstellt, welche die Grundlagen für die Genehmi-

gung bei der Autobahnen- und Schnellstraßen Finanzierungs- Aktiengesellschaft (ASFINAG) und für die Verordnung beim zuständigen Bundesministerium darstellen.

- **Kleinflächige Verkehrsorganisationen:** Vor allem in Bezirksteilen wurde geplant und realisiert: Verkehrserschließung von Großbauvorhaben, Wohnstraßen, Fußgängerzonen, Neuorganisation des ruhenden Verkehrs, Tiefgaragen und P&R-Anlagen, verkehrstechnische Bearbeitung von Stadterneuerungsgebieten, generelle Planung der Oberflächengestaltung nach Abschluss der Bauarbeiten von Tiefgaragen.
- **Radverkehr:** Den Leitziele des Verkehrskonzepts folgend, umweltschonende Verkehrsmittel zu fördern und insbesondere auch den Berufs-, Einkaufs- und Ausbildungsverkehr zu berücksichtigen, wurden die Belange des Radverkehrs nicht nur bei Straßendetailprojekten berücksichtigt, sondern auch eigene Radwegprojekte erstellt bzw. weitergeführt.

## Gruppe 2 - Straßenverkehrsbehörde

Die Gruppe 2 umfasst 8 Referate, die mit der Verordnung und Festlegung definitiver **Verkehrsmaßnahmen** sowie die periodische Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen befasst sind. 2001 wurden in diesem Zusammenhang 4.761 Anträge behandelt. Weiters wurden Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallsschwerpunkten durchgeführt und Verkehrsmaßnahmen nach Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaus festgelegt. Der zweite Aufgabenkomplex besteht in der **Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße** gem. § 90 Straßenverkehrsordnung (StVO) und der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen. Im Jahr 2001 waren dies 12.146 Fälle, wobei ein sprunghafter Anstieg der Bewilligungen für die privaten Telekomunternehmer zu verzeichnen ist.

Das Referat **Parkraumbewirtschaftung** erteilt die Ausnahmebewilligungen nach § 45 Abs. 2 StVO 1960 für Firmen und Beschäftigte im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung. Im Jahr 2001 wurden 8.823 Anträge bearbeitet.

Im Referat **Sondertransporte, Film und §29b-Ausweise** wurden 4.095 Anträge auf Routengenehmigung gemäß Kraftfahrzeuggesetz 1967 (KFG) bearbeitet. Diese Genehmigungen erforderten Routenerhebungen über fahrtechnische Eignung sowie Ermittlung der Tragfähigkeit von Brücken, Eindeckungen und Straßendecken sowie Einbauten und über der Straße liegenden Leitungen. Bei bundesländerüberschreitenden Transporten ist die Koordinierung der betroffenen Bundesländer erforderlich.

In 51 Fällen wurden sportliche - teilweise bundesländerüberschreitende - Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen behandelt. Für mobile Hebammen wurden 16 Ausnahmebewilligungen von Halteverbotszonen erteilt. Weiters wurden 2.126 Ansuchen um Ausstellung von Behindertenausweisen gemäß § 29b StVO gestellt und 2.126 Filmbescheide mit den erforderlichen Verkehrsmaßnahmen erstellt. 2 Anträge auf Ausnahme des Nachtfahrverbots und 799 Anträge auf Ausnahme vom

Wochenend- und Feiertagsfahrverbot wurden bearbeitet. Im Fiakerwesen wurden 5 Konzessionsanfragen bearbeitet. Weiters wurden 1 Konzessionsprüfung und 41 Fahrdienstprüfungen abgehalten.

Mit Auflösung der MA 35 per 31. Dezember 2000 wurde die Gruppe Gebrauchserlaubnisse in die MA 46 integriert und bildet nunmehr das Referat **Gebrauchserlaubnisse**. In diesem Referat werden Nutzungen des öffentlichen Gemeindegrunds und des darüber befindlichen Luftraums nach dem Gebrauchsabgabegesetz 1966 und nach § 82 und § 90 StVO behandelt. Im Jahr 2001 standen 2.945 Anträge in Bearbeitung, die auf Genehmigung von Werbeanlagen, Sonnenschutzvorrichtungen, Automaten, Warenausräumungen, Aktivitäten im öffentlichen Raum u. a. ausgerichtet waren. Ferner wurden 6.381 Bewilligungsbegehren für Baustelleneinrichtungen auf öffentlichem Gut für Hochbaustellen auf Privatliegenschaften gestellt. Weiters ergaben sich auf Grund von Besitzwechsel 1.012 Anträge von neuen Lokalinhabern auf die Erteilung von Gebrauchserlaubnissen für Anlagen, die den Vorgängern genehmigt waren. 607 Genehmigungen ergingen für ambulante Werbeeinsätze (Flugzettelverteilung, Lautsprecherwagen, Werbestände). Ca. 4.000 Eingaben von Erlaubnisträgern betreffend ihrer Abgabepflichten waren in Behandlung zu nehmen.

Auf Grund der Euro-Verrechnungsumstellung der Gebrauchsabgaben ergab sich ein wesentlicher organisatorischer Mehraufwand sowohl für die Referenten als auch für die Kanzlei. Die Anzahl der umzustellenden aufrechten Gebrauchsabgaben belief sich auf ca. 45.000.

Auf Grund der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2001 ergaben sich zeitintensive Kontrolleinsätze betreffend die Aufstellung der Wahlwerbbeständer.

### Gruppe 3 - Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen

Das Referat **Detailprojekt und Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA)** überprüfte 227 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und hat für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte erstellt. Davon waren 42 Projekte für die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs. An 24 Örtlichkeiten wurden neue VLSA unter Berücksichtigung der Wünsche des öffentlichen Verkehrs errichtet. Sämtliche neue VLSA wurden mit LED (Leuchtdioden) Signalgebern ausgerüstet. Im Zusammenhang mit Baumaßnahmen wurden 5 VLSA projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und im Verlauf des Baufortschritts angepasst.

Ferner nahm das Referat 284 definitive bzw. provisorische Umbauten und Anpassungen an VLSA vor.

Für die **zentrale Verkehrsregelung** wurden 11 Kabellegungen, Verteilerausbauten bzw. Programmanpassungen durchgeführt, sowie 12 VLSA an die Wiener Verkehrsleitzentrale angeschlossen. Für Erdarbeiten wurden 39 Aufträge vergeben. Für die zentrale Verkehrsüberwachung mit Verkehrsfernseheinrichtungen erfolgte die Erneuerung der Zentralen-

einrichtungen, sowie 3 zusätzliche Kamerastandorte. Für die Organisation des ruhenden Verkehrs wurde das dynamische Parkleitsystem Mariahilf und Westgürtel erweitert bzw. modernisiert.

Durch das Referat **Betrieb und Erhaltung von VLSA und der Verkehrsleitzentrale** wurde an den 1.107 in Betrieb befindlichen VLSA (einschließlich 9 Fremdanlagen), 20 Geschwindigkeitswarnanlagen und 76 Blinkanlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. 155 Schäden durch bekannte Täter und 673 Schäden durch unbekannte Täter wurden behoben. Durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte wird die Betriebs- und Verkehrssicherheit erhöht. In diesem Zusammenhang wartete man turnusmäßig zweimal die Schaltgeräte, reinigte die Signalgeber, führte den Lampentausch durch, wofür etwa 100.000 Glühlampen erforderlich waren. Etwa 1.696 Störungen mussten behoben werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an 53 Fernsehbeobachtungsstellen und an den Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale. 2001 wurden 29 Gewitterschäden an diversen Einrichtungen behoben. Weiters wurden 514 gerichtliche Anfragen beantwortet, Planunterlagen zu Verkehrsunfällen im Bereich von VLSA beigelegt und außerdem 27 Anfragen in Verwaltungsstrafverfahren beantwortet.

Details zum Referat **Verkehrsleiteinrichtungen** sind in folgender Tabelle zu finden.

### Verkehrsleiteinrichtungen

verwaltete Verkehrszeichen	VZ in Email oder Scotchlite (rückstrahlend)	beleuchtete VZ	Verkehrsleuchtsäulen	Zusatztafeln	Eisensteher	Kettensteher
verwaltete Verkehrszeichen	119.997	1.851	563			
neu	3.249	17	7		1.839	
Erhaltung	14.837			8.271	6.612	205

Im Bereich „Absicherung von besonders gefährdeten Fahrbahnbereichen“ wurden 24 Wiener-Sicherheitssäulen (überfahrbare Kunststoffkörper) mit und 37 ohne Bodenlicht aufgestellt. Im Zusammenhang mit den Randbalkensanierungsarbeiten der MA 29 auf der A 23 Fahrtrichtung Norden wurden 3 Überkopfwegweiser und 1 Vorwegweiser umgebaut und bei 7 Tafeln temporäre Umnetzungen durchgeführt. Im Zuge der Realisierung von Wegweisungsprojekten wurden 11 Überkopfwegweiser umgenietet. Im Zusammenhang mit dem Wunsch nach mehr Verkehrssicherheit und mehr Transparenz der gefahrenen Geschwindigkeit wurden 8 innovative Verkehrszeichen und 1 mobile Anlage angeschafft.

Jahresdetails zum Referat **Bodenmarkierungen** sind der umseitigen Tabelle zu entnehmen.

Weiters wurden die gesamten Straßenzüge der B 12, B 13, B 13a, B 14, B 16, B 17, B 223 und Teile der B 1 und B 227 im Rahmen von Erhaltungsverträgen komplett erneuert oder nachmarkiert. Außerdem bear-

# Stadtentwicklung und Verkehr

## Bodenmarkierungen

Markierungen	Gemeindestraßen	Bundesstraßen	Autobahnen
<b>Strichmarkierungen</b> (Leit-, Sperr-, Park-, Randlinien) in m			
Gesamt	198.000	111.000	80.000
Kurzzeitmarkierungen	95.000	99.000	74.000
<b>Flächenmarkierungen</b> (Schutzwege, Haltelinien, Pfeile, Sperrflächen in m <sup>2</sup> )			
Gesamt	28.800	11.500	1.100
Kurzzeitmarkierungen	12.300	8.700	1.000

beitete das Referat 134 Gerichtsakte und 231 Verwaltungsstrafakte.

Das Referat **Budget** ist für die Führung der Sach- und Referatskredite und deren Abrechnung zuständig und führt die Kontrolle und Abrechnungen der Leistungen für Fremdbteilungen durch. Eine Auflistung der verwalteten Budgetmittel findet sich in der nachfolgenden Tabelle.

Von der Abteilung verwaltete Budgetmittel	EUR
<b>Ausgaben Zentralbudget MA 46 und Bezirksbudget</b>	
Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen	6.465.193
Strom	1.666.897
Errichtung von Verkehrseinrichtungen auf Gemeindestraßen	5.630.546
Refundierungen der Stadt Wien an den Bund	751.219
diverse andere Budgetposten	1.371.482
<b>Ausgaben Bundesbudget</b>	
Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen B	3.946.571
Provisorische Maßnahmen auf B	177.176
Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen A (inkl. MWSt.)	509.945
Refundierungen des Bundes an die Stadt Wien	1.863.913
<b>Ausgaben Referatskredit U-Bahn</b>	
Definitive und provisorische Maßnahmen	1.438.341
<b>Ausgaben Referatskredite MA 28- ERHOB</b>	
Definitive Maßnahmen	163.659
<b>Gesamt 2001</b>	<b>23.984.942</b>

### Gruppe 4 - Verkehrssicherheit

Die Gruppe 4 - Verkehrssicherheit besteht aus 2 Referaten und der Jugendombudsfrau.

Das Referat **Verkehrssicherheits- und Eisenbahntechnik** bearbeitet Anträge mit verkehrssicherheitstechnischer Relevanz, überprüft die aufgezeigten Sicherheitsdefizite und erarbeitet bei tatsächlich vorhandenen Mängeln entsprechende Sanierungs-

vorschläge. Von Amts wegen wird die Erfassung, Untersuchung und Analyse von Unfallhäufungsstellen vorgenommen. Die Ausarbeitung von Verkehrssicherheitsgutachten erfolgt dabei im Sinne der örtlichen Unfallforschung auf Basis der Auswertungen der EDV-Systeme Wiener Unfall-Daten-Bank (UDB) und Wiener Unfall-Analyse-System (UAS). Es wurden insgesamt 30 Unfallhäufungsstellen detailliert untersucht und für den überwiegenden Teil Sanierungsmaßnahmen vorgeschlagen. Eine wesentliche Aufgabe stellt die sicherheitstechnische Planungsbegutachtung sämtlicher Planungen der Magistratsabteilungen 18, 28, 46 und der Wiener Linien dar. Für die Verfahren zur Festlegung von Verkehrsmaßnahmen ebenso wie für Eisenbahnbau und -betrieb, sowie für die Sicherung schienengleicher Eisenbahnkreuzungen zur Erteilung eisenbahnrechtlicher Genehmigungen von Haupt- und Nebenbahnen, Straßenbahnen (inklusive U-Bahnen) und Anschlussbahnen und den Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) wurden Amtssachverständige zur Verfügung gestellt.

Das Referat **Unfallstatistik und Unfallanalyse** betreut, wartet und erweitert die EDV-Systeme UDB und UAS. Es werden Frequenz- und Kollisionstabellen, Vorher-Nachher-Untersuchungen, Reihenungen entsprechend einschlägiger Unfallkennzahlen und spezielle Unfallstatistiken erstellt. Diese Auswertungen sind Grundvoraussetzung für eine effektive und gezielte Verkehrssicherheitsarbeit. Weiters werden computerunterstützte Darstellungen und Veröffentlichungen des Unfallgeschehens aufbereitet und Unfallsimulationen durchgeführt.

Die **Jugendombudsfrau** ist für die Koordinierung und als Ansprechpartnerin für Schulen in Angelegenheiten der Schulwegsicherheit sowie für die Betreuung verkehrssicherheitsrelevanter Problemstellungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, zuständig. Im Jahr 2001 war ein Schwerpunkt das sichere Radfahren. Zu diesem Thema wurden mehrere Aktionstage abgehalten.

Allgemein ist anzumerken, dass im Jahr 2001 in Wien die Anzahl der Personenschadenunfälle und der Verletzten gegenüber dem Vorjahr zwar leicht gestiegen (um 1 %), das niedrige Niveau der letzten Jahre jedoch gleich geblieben ist. Wie mehrere Studien zeigen, ist Wien damit die verkehrssicherste Landeshauptstadt Österreichs und die verkehrssicherste Großstadt Kontinentaleuropas.

### Gruppe 5 - Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte

Das Referat 1 - **Fahrzeuggenehmigungen** hat 2001 insgesamt 3.038 Anträge um Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern behandelt. Diese Genehmigungen umfassen in erster Linie Einzelgenehmigungen und Ausnahmegenehmigungen für Übersiedlungsfahrzeuge und für historische Kraftfahrzeuge, aber auch Bewilligungen für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger und die Ausstellung von „10 km/h“-Bescheinigungen für einzelne Fahrzeuge und Fahrzeugtypen im Sinne des KFG 1967. Darüber hinaus wurden 2.356 Anzeigen betreffend Änderungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern



bearbeitet. Die für diese Verfahren erforderlichen kraftfahrtechnischen Gutachten wurden durch die vom Wiener Landeshauptmann bestellten Sachverständigen erstellt.

Das Referat 2 - **Verkehrssicherheit, § 57a, Gefahrgut** hat 2001 auf dem Gebiet der Ermächtigung von Werkstätten, Ziviltechnikern und Vereinen zur Durchführung wiederkehrender Überprüfungen bzw. wiederkehrender Begutachtungen gemäß § 57a KFG 715 Geschäftsfälle behandelt. Bei der Ermächtigung zur Prüfung von Fahrtschreiberanlagen und Geschwindigkeitsbegrenzern wurden 18 Geschäftsfälle behandelt. In Zuge von bau- und gewerberechtlichen Verfahren wurden 2 verkehrstechnische Gutachten erstellt. Nach dem Güterbeförderungsgesetz wurden 19 COP-Dokumente als Grundlage zur Berechnung der Öko-Punkte im Transitverkehr ausgestellt. Für Fahrzeugkartierungen der MA 48 wurden in 38 Verhandlungen Gutachten über den Fahrzeugzustand und deren Verwertbarkeit erstellt. Die Realisierung der technischen Anforderungen von Fahrschulfahrzeugen wurde über Auftrag der MA 65 in 275 Fällen geprüft. Die behördliche Bewilligung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn wurde in 174 Fällen erteilt. In Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien wurden Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern an Ort und Stelle nach § 58 KFG durchgeführt. Im Jahr 2001 wurden dabei 708 in- und ausländische Fahrzeuge überprüft. Bei 178 Fahrzeugen wurde von den kraftfahrzeugtechnischen Sachverständigen „Gefahr im Verzug“ festgestellt und von den Organen der Bundespolizeidirektion Wien die Kennzeichen abgenommen. An Wochenenden und in den Nachtstunden wurden „road-runner“ angehalten und überprüft. Auf dem Gebiet des Transports gefährlicher Güter auf der Straße wurden insgesamt 381 Geschäftsfälle behandelt. Dazu gehören Genehmigungen von Kraftfahrzeugen, Anhängern und Tanks zur Beförderung gefährlicher Güter samt den erforderlichen Sachverständigen-gutachten. Über Anforderung des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien wurden in 155 Geschäftsfällen fahrzeugtechnische Gutachten erstellt.

#### **Rechtliche Verkehrsangelegenheiten (MA 65)**

Im Jahr 2001 war es nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Abteilung, die **Agenden als Berufsbehörde** wahrzunehmen. Die zu bearbeitenden Berufungsfälle betrafen hauptsächlich Administrativsachen, wie etwa die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehbehinderte Personen (§ 29b StVO 1960), weiters die Erledigung von Berufungsverfahren in Angelegenheiten der Entziehung von Lenkberechtigungen, die Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen sowie die Entfernung von Verkehrshindernissen, insbesondere betreffend Kostenvorschreibungen für die Abschleppung von Fahrzeugen (§ 89a StVO 1960) und Kostenvorschreibungen für die Beseitigung gröblicher Verunreinigungen der Straße (§ 92 StVO 1960). Darüber hinaus waren noch zahlreiche Berufungsverfahren betreffend die Abweisung von Anträgen auf Parkausnahmegenehmigung für ein zeitlich uneingeschränktes Parken in den flächendeckenden Kurzparkzonen der von der Parkraumbewirtschaftung betroffenen Bezirke 1 bis 9 und 20 (sogenanntes „Parkpickerl“) zu erledigen.

In **legistischer Hinsicht** waren 2001 wieder mehrere straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften fachlich zu begutachten. Hervorzuheben sind hiezu insbesondere die Entwürfe für Novellen zur Zulassungsstellenverordnung, zum Führerscheingesetz, zur Führerscheingesetz-Durchführungsverordnung, zur Führerscheingesetz-Fahrprüfungsverordnung, zur Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung, zum Gefahrgutbeförderungsgesetz, zum Kraftfahrlineingesetz und zur Straßenverkehrsordnung, der Entwurf einer Führerscheingesetz-Nachschulungsverordnung, einer Verwaltungsverfahrensnovelle sowie eines Verwaltungsreformgesetzes.

Darüber hinaus hat die Abteilung die Entwürfe einer Fiaker- und Pferdewagen-Fahrdienstprüfungsverordnung, einer Fiaker- und Pferdewagenunternehmen-Befähigungsprüfungsverordnung sowie eines Fiaker- und Pferdewagen-tarifses ausgearbeitet.

Zur Wahrung der Interessen des Landes Wien nahmen Abteilungsleiter, Stellvertreter und Referenten auch 2001 wieder an verschiedenen **Fachtagungen und Länderkonferenzen**, die jährlich abgehalten werden, teil.

Im **Fahrschulbereich** war es wie bisher eine wichtige Aufgabe des in der Abteilung eingerichteten Fahrschulinspektorats, die ordentliche und gesetzmäßige Ausbildung der Führerscheinwerber in den Fahrschulen zu überwachen. Zusätzlich stellten auch die in der Abteilung regelmäßig abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen für Fahrlehrer und Fahrschullehrer ein wichtiges Regulativ für das Niveau der Ausbildung in den Fahrschulen dar.

Auch wurden die vorgeschriebenen Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahrschüler im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlehreinheiten, die vorschriftsmäßige Ausbildung der Fahrschüler sowie die Einhaltung der Meldepflichten der Fahrschulinhaber (hinsichtlich der verwendeten Schulfahrzeuge und des eingesetzten Lehrpersonals) kontrolliert.

Der Einhaltung der Mindestkursdauer für die Ausbildung der Führerscheinwerber (14-Tage-Kurse) und dem Aushang der vollständigen und übersichtlichen Darstellung der Preise für die von den Fahrschulen angebotenen Leistungen wurde besonderes Augenmerk gewidmet.

Im Fahrschulreferat wurden im Jahr 2001 insgesamt 1.095 Geschäftsfälle bearbeitet, nämlich Erteilung von Fahrschulbewilligungen, Genehmigung von Fahrschulleitern, Genehmigung von Schulfahrzeugen, Ausstellung der Fahr(schul)lehrerberechtigungen. Auf Grund von Anträgen auf Erteilung oder Erweiterung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen wurden im Berichtsjahr laufend Lehrbefähigungsprüfungen abgenommen. 78 neue oder erweiterte Berechtigungen sind nach bestandener Prüfung erteilt worden.

In den Angelegenheiten der Fahrprüfung wurden von der Abteilung namens des Landeshauptmanns im

# Stadtentwicklung und Verkehr

Jahr 2001 auch 8 Anträge auf Bestellung zum sachverständigen Fahrprüfer für die praktische Fahrprüfung gemäß § 34 FSG behandelt und zum Teil bereits entschieden bzw. in Evidenz genommen sowie 182 bereits bestellte Fahrprüfer zu den nunmehr zwingend vorgeschriebenen Fortbildungskursen bzw. Vorträgen geladen.

Im Zuge der Privatisierung der Zulassung wurden Versicherungen ermächtigt, 4 weitere Zulassungsstellen einzurichten.

Ebenso wurden im Jahr 2001 im Namen des Landeshauptmanns von der MA 65 insgesamt 14 Ärzte zum sachverständigen Arzt für Allgemeinmedizin gemäß § 34 Abs. 1 Führerscheingesetz bestellt.

Im **Kraftfahrlinienreferat** wurden im Berichtsjahr zum Zweck der bescheidmäßigen Festsetzung von Haltestellen zahlreiche Ortsverhandlungen durchgeführt (Überprüfung, Verlegung oder Neufestsetzung von Haltestellen). Die Zuständigkeit zur Haltestellenfestsetzung erstreckt sich auf sämtliche in Wien verkehrende öffentliche und private Kraftfahrlinien (Einlandlinien, Mehrlandlinien und internationale Kraftfahrlinien).

Als Konzessionsbehörde für öffentliche und private Einlandlinien waren Konzessionsänderungen, bzw. -verlängerungen zu behandeln, sowie die Fahrpläne und -preise konzessionsbehördlich zu genehmigen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie erfolgten zahlreiche Stellungnahmen (nach durchgeführtem Ermittlungsverfahren) bezüglich Straßeneignung und Bestehen der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für Kraftfahrlinien, die in den Zuständigkeitsbereich des genannten Bundesministeriums als Konzessionsbehörde fallen (öffentliche und private Mehrlandlinien, sowie internationale Kraftfahrlinien).

Im Zusammenhang mit sonstigen - insbesondere baulichen - Angelegenheiten, die den Kraftfahrlinienverkehr betrafen, wurde an von anderen Dienststellen angesetzten Ortsverhandlungen teilgenommen, bzw. wurden diesbezügliche Stellungnahmen und Auskünfte erstattet.

Statistisch ergibt sich für die Dienststelle im Berichtsjahr zusammenfassend folgendes Bild: Im Jahr 2001 langten insgesamt 4.643 Geschäftsstücke zur Bearbeitung ein, wovon 24 Gegenschriften an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) auszuarbeiten waren. Demgegenüber sind 2001 insgesamt 4.620 Geschäftsstücke erledigt worden.

## **Parkraumüberwachung (MA 67)**

Zum Stichtag 31. Dezember 2001 waren in der MA 67 insgesamt 459 MitarbeiterInnen beschäftigt, davon 208 in den Innendienstbereichen (Abteilungsleitung/Organisation und den Referaten zur Führung der Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz) und 251 in den Außendienstbereichen (davon 69 zur Bundespolizeidirektion Wien abgeordnete MitarbeiterInnen der Parkraumüberwachung und 182 MitarbeiterInnen der Kurzparkzonenüberwachung).

Im Berichtsjahr haben sich an der Aufgabenstellung der Abteilung keine quantitativen und qualitativen Änderungen zu den Vorjahren ergeben.

Die wesentlichen Schwerpunkte der Tätigkeit bestanden wie in den Vorjahren in der Optimierung der Überwachung der Kurzparkzonen und der Verfahrensabläufe bei der Führung der Verwaltungsstrafverfahren.

Darüber hinaus wurde die Internetpräsentation der Abteilung in [www.wien.at](http://www.wien.at) ([www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)) erarbeitet.